

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1208, Raden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Hauptkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Haupt d. Arbeit, Angelegenheiten u. Beamten, Hs. Dresden, Gebrüder Wranold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß öffentlicher Gewalt, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Beträge

Abonnement mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Zeiten, Mann“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 3,40 M. einschließlich 48 Pf. Prämienloos. (Zinslos) „Sonntag“ 2 M. einl. 85 Pf. Prämienloos. Zahlung nur per „Sonntag“ 1,05 M. auswärts Post- und Anfertigungsgebühren.

Beitrag: Wochentag 10, Feiertag 12, 20. 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 110. 120. 130. 140. 150. 160. 170. 180. 190. 200. 210. 220. 230. 240. 250. 260. 270. 280. 290. 300. 310. 320. 330. 340. 350. 360. 370. 380. 390. 400. 410. 420. 430. 440. 450. 460. 470. 480. 490. 500. 510. 520. 530. 540. 550. 560. 570. 580. 590. 600. 610. 620. 630. 640. 650. 660. 670. 680. 690. 700. 710. 720. 730. 740. 750. 760. 770. 780. 790. 800. 810. 820. 830. 840. 850. 860. 870. 880. 890. 900. 910. 920. 930. 940. 950. 960. 970. 980. 990. 1000.

Anzeigenpreis: Die 80 mm breite Anzeigenzeile 35 Pf., die 50 mm breite Reklameseite 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,00 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 20 Pf. netto. Für Briefwechsel, 10 Pf. Einmal, 10 Pf.

Nr. 11

Dresden, Freitag, den 13. Januar 1933

44. Jahrgang

Hochgericht über die Femepartei

Die Kommunisten als Helfershelfer der Mörderpartei

Rathauschlacht in Weissen

Die Eröffnung des neuen Stadtparlamentes

In der gestrigen Sitzung des Weißner Stadtverordnetenkollegiums kam es zu einer schweren blutigen Schlägerei. Der Zuschauerraum und die Galerie waren mit etwa 500 Zuhörern besetzt, unter denen sich etwa 50 bis 60 uniformierte Nazis befanden. Bereits vor Beginn der Sitzung kam es zu Kundgebungen beim Eintritt der verschiedenen Stadtverordneten in den Sitzungssaal. Die neun Naziabgeordneten erschienen ebenfalls in Uniform. Die Wahl des Präsidiums ergab, daß zum Vizepräsidenten der Sozialdemokrat Rosenbaum gewählt wurde. Das Präsidium setzt sich zusammen aus drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten.

Nach Beendigung des Wahlauftritts provozierten die uniformierten Nationalsozialisten das Publikum durch Rufe und Drohungen. Daraufhin kam es zu Reibereien zwischen den Zuhörern, worauf die Nationalsozialisten sofort in den Saal sprangen, ihre Köpfe abschnallten und Stühle zertrümmerten und als Wurfgeschosse benutzten. Nationalsozialistische Zuhörer und Stadtverordnete vereinigten sich und warfen Stühle, Tische und Bänke in das Publikum, das das Freie zu gewinnen suchte. Besonders hervorgerufen hat sich dabei der nationalsozialistische Fraktionsführer und hiesige Beamte Kausel.

Etwas nach sechs bis acht Minuten erschien die Polizei. Es gab auf beiden Seiten Verletzungen, darunter glücklicherweise nur wenige schwerere Natur. Die meisten Verletzungen wurden durch die Stuhlwürfe der Nationalsozialisten hervorgerufen. Auch einige Frauen wurden verletzt. Der Sitzungssaal blieb nach wenigen Minuten einem einzigen Trümmerhaufen. Da von den Zuhörern nicht ein einziger in den Sitzungssaal eingebrungen war, ist die Zerstörung des gesamten Mobiliars des Sitzungssaales auf das Konto der nationalsozialistischen Stadtverordneten zu setzen. Sogar einen langen schweren Tisch, an dem der Rat sitzt, versuchten sie gegen den Zuschauerraum zu schleudern. Die Weißner Arbeiterschaft wird heute abend in großen Protestkundgebungen gegen den Versuch eines nationalsozialistischen Terrors in der Arbeiterstadt Weissen protestieren.

Die gestrige Landtagssitzung wurde zu einem Gerichtstag über die Mörderpartei der Vennecke und Killinger und über die Beamten, die die Schuld an dem Entweichen der Mörder tragen. Dr. Venneckes Immunität wurde aufgehoben. Eine jämmerliche Rolle spielten dabei die Kommunisten, die die Gelegenheit zu einer wüsten Hege gegen die Sozialdemokratie benutzten und der Mörderpartei moralische Hilfe leisteten, indem sie sich an der Abstimmung über die Aufhebung der Immunität Venneckes nicht beteiligten.

Die gestrige Sitzung des Landtages ist mit harten Leitern in das Buch des sächsischen Parlamentarismus eingetragen. Ihr Ergebnis ist kein Ruhmesblatt für die Partei des Mordmordes geworden, die auf der Anklagebank saß. Das verlegene und hilflose Schweigen der nationalsozialistischen Abgeordneten, als die Begründung des Antrags der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Vennecke verlesen wurde, war das Eingeständnis der Blutschuld, die auf der NSDAP lastet. Jänische Zwischenrufe und höhnische Grinsen der nationalsozialistischen Abgeordneten während der Anführerreden unserer Genossen, freche Provokationen des unvermeidlichen Studentenkowalski verstärkten nur den Eindruck, den die Verhandlungen des Landtages unbefangenen Zuhörern vermittelten.

Daß die Nationalsozialisten bereits Mitwisser der an dem SA-Mann Gentsch begangenen Mordtat waren, ehe die „findigen“ Dresdner Behörden auch nur ahnten, daß das Verschwinden Gentschs durch die Tatsache eines Verbrechens erklärt werden könne.

Dr. Vennecke, der Vorgesetzte und Begünstiger der Dresdner Fememörder, wenn nicht der Anstifter zum Mord, saß bloß und verblüfft da, als über die Aufhebung seiner Immunität beschlossen wurde. Den Nationalsozialisten ist das Kains-Zeichen des Bruderermordes aufgeprägt! Sie haben sich durch ihr Verhalten selbst moralisch gerichtet und bleiben es, wie immer sie sich verteidigen. Reframieren sie die Mörder als politische Märtyrer, dann bekennen sie sich zum politischen Mordmord als Prinzip ihres politischen Kampfs. Weunnen sie, daß ein politisches Verbrechen begangen wurde, dann beschuldigen sie die ge-

hohenen SA-Leute einer gemeinen Tat, dann liefern sie selbst zugleich ein unfreiwilliges Eingeständnis dafür, daß sie ein kriminelles Verbrechen erst zu vertuschen und dann zu verteidigen versucht haben. Selbst ein so konservativer Mann wie der Abgeordnete Frische, rüfte von dem verbrecherischen Treiben der Nationalsozialistischen Partei, von dem „System des Mordes“, das mit nationaler Raffinerie in den SA-Formationen geübt wird, von der Billigung dieser Methoden durch die staatlichen Behörden mit aller Schärfe ab. Wenn Reichsbanner-Kameraden dem Blüten der Braungardisten zum Opfer gefallen sind, dann hatte das Bürgertum aus seinen Instinkten heraus fast immer eine Entschuldigung für das Treiben der „aufbauwilligen Kräfte“ im Hitler-Lager. Der feige Mordmord in Dresden hat das Wesen der Nationalsozialistischen Partei so enthüllt, daß sich auch weite Schichten des Bürgerturns angewidert von dieser Partei abwenden.

Und ausgerechnet in der Stunde, in der vor dem Forum des Parlaments dem ganzen Lande noch einmal die ungeheure Blutschuld der Geißler der Dritten Reichs gezeigt werden mußte, in der Landtagssitzung, in der kein Blick von dem graulichen Film abgelenkt werden durfte, den die Regisseure Hitlers zur Ruhambildung für das Volk geboten haben.

Blieb es den Kommunisten vorbehalten, die jämmerlichste ihrer Agitationsmaximen gegen die — Sozialdemokratie zu brechen!

Die Kommunisten haben dem Antrag auf Aufhebung der Immunität des Dr. Vennecke nicht zugestimmt. Daß die Begründung für diese Haltung schließlich unverständlich ist, ergibt sich allein schon aus dem Echo, das die Rede des Kommu-

Die SA-Rebellion in Nordbayern

Die braunen Prätorianer gegen die „verlumpte Führung“

München, 12. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Die Reichsleitung der Hitlererei ist durch die Rebellion der SA von ganz Nordbayern mit Einschluß ihrer Führer in so großer Verlegenheit, daß sie sich nach außen in vollkommenes Schweigen hüllt. Selbst dem bayerischen Beobachter wurde nicht gestattet, eine schönfärbende Darstellung zu veröffentlichen, damit die nichttrauisch gewordene braune Soldateska kein Wort über den Aufruhr in Franken erfährt.

In Wirklichkeit stehen vier Hünstler der SA der Gruppe Franken, in der die Untergruppen Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken zusammengeschlossen sind, in offener Meuterei gegen den politischen Führer der Razaibewegung Nordbayerns, den Landtags- und Reichstagsabgeordneten Julius Streicher. Nur seine unmittelbare von ihm ausgehaltene Leibgarde, zwei Stürme in Nürnberg, sind linientreu geblieben und halten das Braune Haus der Hitlererei in Nürnberg besetzt. Das Uebergewicht über die revoltierenden Kameraden, die unter Leitung des SA-Gruppenführers Reichstagsabgeordneten Siegmann sich des Gebäudes bemächtigen wollten, gelang der Streicher-Garde nur mit Hilfe der Polizei, die auf Witten des Hausbesitzers Streicher am Mittwoch und Donnerstag wiederholt eingegriffen hat.

Der Grund für die Rebellion gegen „die gewissen- und charakterlosen Bonzen der Gauleitung Mittelfranken“ — so heißt es wörtlich in einer Erklärung der SA-Führer Franken — ist vor allem darin zu suchen, daß der Schwerverdienender Streicher seiner Verpflichtung, 40 Prozent der bei ihm einlaufenden Parteigelber an die fränkische SA-

Kasse abzuliefern, nicht nachgekommen ist. Außerdem werden gegen die Lebenshaltung Streichers und der ihm ergebene Unterführung, Landtagsabgeordneter Volk Major a. D. Rankobrand und Oberleutnant a. D. Reich die schwersten moralischen Vorwürfe erhoben. Der Eingriff der Münchner SA-Oberleitung zugunsten der Streicher-Clique wird von der rebellierenden SA als keine endgültige Entscheidung angesehen, zumal er durch den Stellvertreter des beurlaubten Röhm erfolgt. Da von Röhm bekannt ist, daß sein Verhältnis zu Streicher nicht gerade sehr freundschaftlich ist, wagt die SA nach Absetzung Siegmanns eine Solidaritätserklärung, in der es heißt, daß sie in unverbrüchlicher Treue mit dem abgesetzten Gruppenführer den Kampf um Recht und Sauberkeit weiterführen werde.

Die „Reiniger“ werden ausgeschlossen!

München, 12. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Der Naziwirtwart in Nürnberg hat einstweilen damit geendet, daß außer der Absetzung des SA-Gruppenführers von Franken und einiger Unterführer der Untergruppe Mittelfranken insgesamt 162 SA-Leute, darunter 2 Sturmführer, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

An den abgesetzten Gruppenführer Siegmann hat der Oberstleutnant Hitler folgendes Telegramm gerichtet: „Da Sie trotz meiner Ihnen persönlich gemachten Verwarnung sich abermals in schwerster Weise gegen die Parteiinteressen betragen haben, bestimme ich nicht nur die dem Stadtschef Röhm bereits ausgesprochene Entziehung von Ihrer Dienststellung, sondern erkenne Ihnen auch strafweise Ihren Dienststrang ab. — Rache ist nichts dagegen!“

Das heiße Eisen



Das Hitler nicht empfangen wagt

nisten Sindermann durch den nationalsozialistischen Abgeordneten Schreiber fand. Höhnisch rief er den Kommunisten zu, daß sie wahrscheinlich viel zu verbergen hätten, wenn sie durch die Aufrechterhaltung von Bennedes Immunität keinen Präzedenzfall für die Zukunft schaffen wollten. Wilden sich die Kommunisten etwa ein, daß sich die Nationalsozialisten in anderen Fällen schützend vor proletarische Abgeordnete stellen würden, weil jetzt die SPD die Verfolgung gemeiner Verbrechen zu verhindern sucht? Das wäre doch völlig unsinnig. Immerhin fällt es bei einem Opfer wie Sindermann schon beinahe nicht mehr auf, wenn er in einem Atemzuge behauptete, daß die Demokratie völlig versagt habe, und wenn er zugleich zur Rettung der demokratischen Tradition aufrief, durch die Abgeordnete vor Strafverfolgungen geschützt werden. Aber daß er in dem Augenblicke, der schon rein klassenmäßig eine breite, einheitliche Front zur Abwehr der nationalsozialistischen Strauchritter-Methoden bedingte, Namen wie Börgel und Severing zusammen mit feigen Reichsmördern nannte, daß er sich zum Schützer des nationalsozialistischen Terrors machte, das war keine rhetorische Entglei-

demokratischen Abgeordneten begleitet. Als völlig irreführend und als eine — bewusste oder unbewusste — Begünstigung schuldiger Beamten aber wurden sie charakterisiert durch einen Bericht Charandter Polizeibeamten, den Genosse Wedel unter atemloser Spannung des Hauses zum Vortrag bringen konnte.

Die Flucht der Fememörder hätte verhindert werden können, wenn die Charandter Polizeibeamten, so wie es die ministeriellen Richtlinien für Untersuchungsverfahren vorschreiben, von der „berühmt“ gewordenen Reise der Polizeibeamten mit den Wörtern verständigt worden wären.

Die unteren Polizeibeamten haben, sehr im Gegensatz zu gewissen höheren Beamten, ihre Pflicht getan, und es wäre ein Skandal mehr, gegen sie ein Untersuchungsverfahren durchzuführen, weil die Wahrheit durchgesiebert ist.

Die gestrigen Landtagsverhandlungen sind zu einer vierfachen schweren Anklage geworden. Moralisch gerichtet ist bereits die NSDAP, die Partei des Reichsmörders. Angenommen wurde aber auch der sozialdemokratische Antrag, diejenigen Beamten, die durch ihre unverständliche Haltung die Mörder begünstigt haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Hat der weitere Antrag keine Mehrheit gefunden, den Kriminalrat Vogel unter Anklage zu stellen, so wird doch durch den Untersuchungsausschuß, dem das Material in der Nordische Sentch übermittelt worden ist, das Verfahren gegen schuldige Beamte durchgeführt werden. Im Trommelfeuer der Kritik steht die jüdische Regierung, die nicht den Mut aufgebracht hat, um mögliche Untersuchungsmethoden zu verurteilen und schuldige Beamte schuldig zu sprechen. In der Arbeiterschaft unter Anklage stehen aber vor allem auch die sozialistischen Landtagsabgeordneten, die die SPD des „Verrats“ bezichtigen, weil sie der Aufhebung der Immunität Bennedes zugestimmt hat, und die sich selber als „Krupellose Demagogen“ entlarvt haben. Die Sozialdemokratie hat nur ihre Pflicht getan, wenn sie den Dresdner Fememörder zu der politischen Aktion machte, die seiner symptomatischen Bedeutung entspricht.

O. E.

Bonzen und Sklavenseelen...

Naziführer von Lippe flüchtet aus der Hitler-Partei

Detmold, 12. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Der Gründer der Nazibewegung im Freistaat Lippe, Dr. Fuhrmann, hat den Gauvorsitz im nationalsozialistischen Ärzteverband niedergelegt und ist aus der Hitler-Partei ausgestiegen.

Fuhrmann begründet seinen Austritt in einem Brief, in dem er sagt, er könne nicht länger einer Partei angehören, die ihre Grundgedanken und das Zentrum zu einer nationalen Partei erkläre; zweitens sei weder der mit Hitler getriebene Byzantinismus noch der Röhm-Skandal zu ertragen und außer Röhm gebe es noch ganz andere Fälle im Braunen Haus; drittens treibe die Nazipartei einen Sackdackel wie der Wilhelm II.; fünftens bis neunten sei die Partei voller Bonzen, Bürokraten und Sklavenseelen, mit denen kein Freiheitskampf geführt werden könne. Diese Bonzen lebten untereinander nur mit Stunk, Intrigen, Verleumdungen, gegenseitiger Verspottung, und Sieger blieben dabei nicht die Tüchtigen und Fähigen, sondern nur die Charakterlosen, die Gevissenen und die besten Speichel-lecker! Deshalb sei für einen freien, aufrechten und ehrlichen Mann kein Platz mehr in der Nazipartei und deshalb bedanke er sich, ihr länger anzugehören.

lung mehr, das war von jedem Standpunkt, und vor allem vom proletarischen Gesichtspunkt aus gesehen, eine Gemeinheit und ein Skandal! Sindermanns Proklamationen gingen in stürmischen Rufe von der sozialdemokratischen Fraktion unter, an denen sich von instinktivem Protest hingriffen auch die Mehrzahl der Tribünenbesucher beteiligte.

Verwaltung, Polizei und Justiz haben in der Nordische Sentch verjagt, haben im Untersuchungsverfahren Skandal an Skandal gereicht. Noch einmal zeigte Genosse Geiser die Zusammenhänge des Fememordes plastisch auf. Die Ausführungen des Genossen Wedel wurden gerade wegen des sachlichen Tones, in dem sie gehalten waren, zu einer vernichtenden Korrektur der Rede des Innenministers Richter. Der Vertreter der jüdischen Regierung hielt es nicht unter seiner Würde, einen völlig einseitigen Bericht der Dresdner Polizeibehörde zu seiner eigenen Auffassung zu machen. Danach ist selbst der Kriminalrat Vogel, der durch die Art, wie er die Flucht des Fememörders Schenk ermöglichte, Deutschland um eine neue Skandalfabe bereichert hat, wieder der bewußte noch der fahrlässige Begünstiger der Flucht der Fememörder schuldig. Diese Ausführungen des Ministers wurden von stürmischem Protest der sozial-

Täglich Überfälle durch SA-Banden

D. Berlin, 13. Januar. (Fig. Funkpruch.) In Berlin wurden am Donnerstag abend wieder zwei Reichsbannerleute von einer SA-Horde überfallen. Ein jüngerer Reichsbannermann wurde durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er in lebensgefährlichem Zustand in das Urban-Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Täter sind auch diesmal unerkannt entkommen.

B. Nürnberg, 13. Januar. (Fig. Funkpruch.) In der Nacht zum Freitag wurde in das Schaufenster der Erlanger Filiale der sozialdemokratischen Zeitschriften eine Bombe geworfen. Die Aktion erfolgte aus Rache über die Entschlüssen der Meuterei in der schäfstischen SA.

Nazis überfallen Bölsche

M. Halle, 13. Januar. (Fig. Funkpruch.) In einer Versammlung der Deutschen Bölschen, in der Walle und der kürzlich zu den Bölschen übergetretene ehemalige nationalsozialistische Propagandaleiter für Westfalen Lord Joachim von Oka zu sprechen sollten, kam es schon nach fünf Minuten zu einem schweren Tumult. Der Führer der Bölschen, SA, Reichstagsabgeordneter Schäfer, sprang auf die Bühne, warf einen Tisch um und schlug auf einen Bölschen ein. Bald darauf entstand ein zweiter Tumult, als Schäfer auf einen Tisch sprang, und damit das Signal zu einer großen Saalschlacht gab. Mit Stühlen, Biergläsern und sonstigen Wurfgeräten bearbeiteten sich Nazis und Bölsche einander. Die Polizei räumte

mit dem Gummihüpfel den Saal. Sämtlich Schäfer als auch der Bölsche Gauleiter Jordan wurden nicht verletzt, trotzdem sie auf freier Tat erlappet wurden.

Eine Ohrfeige für Bracht

P. Stuttgart, 12. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Die von dem Preußen-Minister Bracht, der jetzt auch Reichsminister ist, im September 1932 verhängte Auflösung der kommunistischen Ortsgruppe des Reichsbanners in Rastatt wurde im vom Verwaltungsgericht des Reichsgerichts als unzulässig erklärt und aufgehoben worden.

Der Grund der Auflösung waren einige Briefe, die Bracht als Entgelt für die Abhandlung eines Republikaners von Reichsbannerleuten bezogen hatten. Der Landrat hatte den damaligen Einspruch gegen die Verfügung Brachts zurückgewiesen. Er ist jetzt mit Herrn Bracht die Zurückweisung durch den Reichsgerichts.

Reaktionäre Dege. Das Berliner Stahlhelmorgan erklärt heute, es sei nicht unmöglich, daß es über kurz oder lang zu einem Verbot der kommunistischen Partei komme, wenn die kommunistische Führung nicht ungeschämt dafür sorge, daß die kommunistische Propaganda zu Gewalttätigkeiten gegen die SA und Andersdenkende aufhöre. Es sei aber zweifelhaft, ob die SPD, die sich überhaupt noch in der Lage sei, — auch diese Stimme beweist, daß die deutsche Reaktion zu dum ist, um auf der Geschichte etwas zu lernen!

Korrekturen in Berlin. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wählte den langjährigen sozialdemokratischen Vorsteher Johannes Haß wiederum zu ihrem Vorsitzenden. Haß vereinigte 121 Stimmen auf sich, das waren 17 Stimmen mehr als die erforderliche absolute Mehrheit der amwesenden Stadtverordneten.

Rabelais

Sur Vierjahrhundertfeier seines Schaffens

Von Hermann Wendel

Er gehört zu jenen tiefsten Denkern des 16. Jahrhunderts, deren Ideen uns noch vollkommen modern animieren, weil sie auch unserer Zeit noch als höchste und unerreichbare Ideale vorantreiben.

Julius Darr.

Da keine Urkunde das Geburts- und Sterbedatum des Meisters François Rabelais überliefert und man nur ungefähr weiß, daß sein Leben von etwa 1494 bis etwa 1553 währte, gebürtig Frankreich, unter anderem durch eine Ausstellung in Paris, seines großen, manche sagen seines größten Dichters zum Vierhundertjahrfest des Erscheinens des ersten der Wäcker, die den Namen unsterblich machten, des „Pantagruel“. Aber nicht nur, weil das Hauptwerk des deutschen Satirikers Johannes Fischart in einer Nachdichtung des Rabelais bekannt, und nicht nur, weil unter allen Völkern wahrscheinlich wir, aus der Feder von Gottlob Regis und neuerdings von Hegar und Dr. Omlag, die treffendsten Übertragungen des „Gargantua“ und des „Pantagruel“ besitzen, spricht dieser Erz- und Urtrangoße überd auch zu uns.

Allzuviel von seinen Lebensumständen ist nicht aufgeheilt. Daß er in dem herrlichen Chinon in der Touraine zur Welt kam, das Ordensgenosse erst der Franziskaner, dann der Benediktiner ausübte, daß er hohe Würden und mächtige Feinde hatte, dreimal nach Rom gelangte und eine Weile in dem damals noch zum Deutschen Reich gehörigen Metz hauste, wie daß er am Abend seiner Tage zwei Vorträge als Pfanden ausgewiesen erhielt — damit erspöht sich die zuverlässige Kunde so ziemlich. Aber alles Drum und Dran dieses Daseins ist nicht so wichtig wie der Wind, der die Segel seines Lebensschiffes schwellte. Die Zeit war es, da unter dem Ansturm der Geldwirtschaft die Burgen der Naturwirtschaft in Trümmer sanken, und allenfalls das Kaufmannskapital als revolutionäre ökonomische Macht auftrat. Ein Neues wollte sich begeben. Entdeckungen, wie die Amerikas, und

Erfindungen, wie die des Buchdrucks, weiteten den menschlichen Horizont ungeheuer; wie es in Deutschland die Reformation tat, suchten in den romanischen Ländern, namentlich in Italien und Frankreich, Humanismus und Renaissance nach Ausdrucksformen für den neuen Geist, die neue Art, Erde und Himmel zu betrachten. Diese allgemeine Wägung, die einen guten Aufschwung lief: „O Jahrhundert! O Wissenschaften! Es ist eine Lust zu leben!“, warf ihre heiligen Blüten auch im Kopf des Wünder, der dem Klotz der Rücken geleht hatte, und François Rabelais ließ.

Rom Scheitel bis zur Sohle war er ein Verkörper der neuen Zeit, ein Humanist, der in Erasmus von Rotterdam seinen großen Lehrmeister verehrte. Schon früh versenkte er sich nach humanistischem Brauch in die Weisheitslehre des lateinischen und mehr noch des griechischen Altertums, aber auch in den neueren Sprachen, Italienisch, Deutsch, Spanisch, war er wohl desflagen. Unersättlicher Wissenshunger trieb ihn; Philosophie, Literatur, Poetik, Historie, Anatomie, Astronomie, Geographie, Botanik — wo fühlte er sich nicht zu Hause! Aber wenn er, von Erkenntnisdrang siebernd, ein Haus war, so einer, der es sich statt in seiner abgeschlossenen Studierstube in Werdachs Keller wohl sein ließ. In den boccac grotesken, abenteuerlich märchenhaften Erzählungen von der fürstlichen Gigantenfamilie Gargantua, Gargantua und Pantagruel, die Rabelais zuerst, sie als etwas Beiläufiges achtend, unter einem Dedomen herausgab, offenbarte sich seine ganze Weltanschauung, die eines Humanisten und Renaissancemenschen; schon das Maßlose, Kolossale, Strohende, Explosive der meisten dieser Kapitel kündete überzeugend von einer neuen Generation, die herauskam, die alte Welt zur Umformung in ihren Schmelztiegel zurückzuwerfen.

Zur Umformung nicht nur im Geiste; denn wenn das Christentum den Körper als verächtliches Gefäß unreiner Lüste negierend behandelte, unternahm Rabelais in „Gargantua“ und „Pantagruel“ etwas, was später die Sain-Émmonisten ebenfalls verachteten: das Fleisch in seine heidnischen Rechte wieder einzufügen. Liebers Essen und Trinken verbreiteten sich diese Bücher mit ungeheurer Begehr, aber mit ebenbürtig Freude an der Sache schilberten sie, wie Speise und Trank den Menschen wieder verlassen, und von Körperzeiten, die Dofenlos oder Schärge schämig heft, ging so ungeheuer und myster die Rede wie von Rafe oder Mund. Das Witz ist wie gewollte Insultieren und gähnd hoch etunnt

ganz neu und zum zweiten im Dienste eines großen, eines humanistischen Ideals: der Entfaltung der gesamten Persönlichkeit, der harmonischen Ausbildung aller Kräfte, des Gleichgewichts zwischen Seele und Leib. Weil es zu dieser allseitigen Entwicklung des Menschen der Freiheit und nur der Freiheit bedurfte, pafte Rabelais jede Art von Zwang mit Wagn und Spott, mit seinem breiten gallischen Wachen unsonst genug an. Sein „Gargantua“ und „Pantagruel“ — verdammt scharfe Vorlesungen waren es, deren Solire allen Unrat des Mittelalters grimms hinaussetzte. Ein großer Entdecker der Welt, vermählte Rabelais jeden Überglauben. Das Jahr 1488, das an allen Feiertagen vielgelachte astrologische Kofelblätter hängt, kann nur mit einem Gefühl der Weidämung vernommen, wie sich vor vier Jahrhunderten schon dieser freie und kühne Geist über die unfähige Verküppelung der Welt mit dem Schicksal der Menschen weidlich lustig machte. Dafür lob er den gesunden Menschenverstand auf den Thron. Am Kriegstrum erwiderte er kein gutes Haar. Sein Gargantua ist ein unrauhes, leicht einfüßiger, blutheuer, fast positivistischer König, der nur zum Schut seiner armen Untertanen nach Bange und Streitigkeiten greift: „Die Vernunft gebietet es, denn durch ihre Arbeit werde ich unterhalten, und von ihrem Schweiß nähre ich mich, meine Kinder und meine Familie. Gleichwohl werde ich erst dann Krieg führen, wenn ich alle Friedenslüste und -mittel erschöpft habe“; die Weltliteratur kennt wenige so überlegene und grausame Verhöhnungen des eroberungsmütigen Imperialismus wie das Kapitel 85 des „Gargantua“ und Pantagruels Sinn heißt „nicht danach, die Menschen auszuwandern und zu brandtschaben, sondern sie zu bereichern und in voller Freiheit ihr Los zu bessern“.

Auch dem Klosterwesen ging dieser frühere Klosterbruder unerbittlich zu Leibe, die soziale Auslosigkeit, das Schmarotzertum der Mönche aufdeckend: „Ein Mönch adert nicht wie der Bauer; er häut das Land nicht wie der Kriegsmann, heißt die Kranken nicht wie der Arzt; er lehret und predigt nicht dem Volk wie ein guter evangelischer Pfarrer und Schulmeister, führt dem Staat keine Mores nach Rodduft zu wie der Handelsmann. Da habt ihr die Ursache, warum sie „Ken ein Gräuel und Gespött sind.“ Da Rabelais als Feind des Fanatismus und Lobredner der Aufklärung religiöse Fragen selbst wohl mit Weidgültigkeit ansah, daß er sich trotz aller Verpöschung kirchlicher Maßstäbe nicht im Bogen der Gebotnisse, um so weniger, als der Brandes



Rasiregierung treibt Lohnraub. Aus Schwerin wird gemeldet: Die Rasiregierung will einen 10prozentigen Lohnabbau für die Forstarbeiter durchführen. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb die sofortige Einberufung des Landtags beantragt.

Regierungsrücktritt in Rumänien

C. Bukarest, 12. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Das Kabinett Maniu ist am Donnerstag nachmittag zurückgetreten. Der äußere Anstoß zu dieser Regierungskrise bildete der Kampf zwischen dem König und der Regierung um die von Maniu geleitete Überführung des Bukarester Polizeipräsidenten und des Kommandeurs der Landesgendarmerie. In diesem Streit ist die Regierung unterlegen. Es ist vorläufig noch unbestimmt, wer mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Nationalistische Kreise rechnen mit einem neuen Kabinett Carda. Er würde ohne Titulescu, der wieder auf seinen Befandposten nach London zurückkehren werde. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß der König den Rechtsoptimalen und Liberalen um die Bildung der Regierung antragen wird. In diesem Falle würden die bestehenden Körperschaften aufgelöst werden und im Februar wieder neu gewählt sein.

Erwerbslosen - Kurben in Köln. Am Donnerstag abend versuchten in Köln kommunistische Erwerbslose wiederholt gegen das Rathaus vorzugehen, wo in einer Stadtratsdienstversammlung mehrere Anträge zur Erwerbslosenfrage beraten wurden. Die Polizei griff mehrmals ein. In einem Falle sah sich ein Polizeibeamter, der von der Menge zu Boden getreten worden war, gezwungen, in der Notwehr mehrere Schüsse abzugeben. Ein 43-jähriger Mann wurde schwer verletzt.

Provokierende Grenzwissenschaften

O. Warschau, 13. Januar. (Fig. Funkpruch.) Wie die polnischen Behörden mitteilen, soll es in den Tagen zwischen dem 8. und 10. Januar dreimal zu Zwischenfällen an der deutsch-polnischen Grenze gekommen sein. In zwei Fällen haben nach polnischen Mitteilungen Kommunisten die oberösterreichische Grenze überschritten und versucht, kommunistische Flugblätter einzuschmuggeln. Die Kommunisten warfen die Flugblätter auf der Flucht weg. Sie konnten von der Grenzpolizei nicht gefaßt werden. Der dritte Fall ereignete sich bei Schneidemühl. Dort kamen etwa 20 uniformierte Dillier-Leute bis an die Grenze. Drei begaben sich auf polnisches Gebiet und gingen etwa einen halben Kilometer ins Land hinein. Sie wurden von der Polizei festgenommen. Der polnische Konsul in Schneidemühl hat wegen dieser Zwischenfälle Protest bei den deutschen Behörden erhoben. Die Warschauer Presse sieht in den Vorfällen absichtliche Provokationen.

Englischer Schritt in Tokio

WTB. London, 13. Januar. Neuere Meldet aus Tokio: Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, hat der britische Botschafter gestern den Außenminister aufgesucht und ihn auftragsgemäß auf die Bedrohung der britischen Interessen in Nordchina durch die dortige gespannte Lage hingewiesen.

Berliner Produktenbörse vom 12. Januar

| 11. 1. 12. 1. | | 11. 1. 12. 1. | |
|--------------------------------|-----------------|--------------------------------|-------------------------|
| (ab märkische Station in Warf) | | (ab märkische Station in Warf) | |
| Weizen | 186-189 186-189 | Weizenmehl | 8.00-28.10 22.75 26.10 |
| Rooggen | 152-154 152-154 | Rooggenmehl | 19.40-21.70 19.30-21.60 |
| Erbsen | 165-175 165-175 | Weizenfleie | 8.75 9.00 8.75 9.00 |
| Rüben u. Futtererbsen | 158-164 158-164 | Rooggenfleie | 8.70-9.00 8.70 9.00 |
| Dalier | 118-118 112-116 | | |

Handelsrechtliche Lieferungsbedingungen am 13. Januar. Weizen 186-188 (Borion 180-189), März 204 $\frac{1}{2}$, -204 $\frac{1}{2}$, (204 $\frac{1}{2}$), bis 204 $\frac{1}{2}$, Mai 207 $\frac{1}{2}$, -206 $\frac{1}{2}$, (207-207), Tendenz: ruhig. - Weizen 152-154 (152-154), März 164 $\frac{1}{2}$, -164 $\frac{1}{2}$, (165-164 $\frac{1}{2}$), Mai 167 $\frac{1}{2}$, bis 169 $\frac{1}{2}$, (167-167), Tendenz: ruhig. - Dalier 112-116 (112 bis 116), März 126 (123 $\frac{1}{4}$ -123 $\frac{1}{4}$), Mai 126 $\frac{1}{2}$ -126 (126 $\frac{1}{2}$ -126 $\frac{1}{2}$), Tendenz: ruhig.

Berliner Futtermittelpreise vom 12. Januar. Künstliche Körnung ab Erzeugerfabrikation, Frucht und Gebinde gehen zu höheren Preisen. 1. Qualität 90, 2. Qualität 88, abfallende Sorten 78 bis 50 Kilogramm. - Tendenz: sehr ruhig.

Wasserstände der Eger, Elbe und Moldau

| 12. 1. 13. 1. | | 12. 1. 13. 1. | |
|------------------|---------------|------------------|---------------|
| Moldau, Bismark | 12. 1. 13. 1. | Elbe, Wittenberg | 12. 1. 13. 1. |
| Moldau, Wobran | 59 - 59 | Elbe, Wittenberg | 58 - 58 |
| Elbe, Wittenberg | 21 - 21 | Elbe, Wittenberg | 58 - 58 |
| Elbe, Wittenberg | 2 - 2 | Elbe, Wittenberg | 58 - 58 |
| Elbe, Wittenberg | 50 - 50 | Elbe, Wittenberg | 58 - 58 |

Wettervorhersage für den 14. Januar

Wettervorhersage für den 14. Januar. Westliche Winde aus östlichen Richtungen, zeitweise Aufklaren, Abkühlung zur Abenddämmerung. Allgemeine Temperaturverhältnisse wenig geändert. Im westlichen Bereich Regen.

Dresdner Kalender

Theater am 14. Januar

- Opernhaus**
 (18) Der Hugenotten
 (19) Die Entführung aus dem Serail
 (20) Die Fledermaus
- Schauspielhaus**
 (21) Die Entführung aus dem Serail
 (22) Die Fledermaus
 (23) Die Entführung aus dem Serail
- Sentraltheater**
 (24) Die Entführung aus dem Serail
 (25) Die Fledermaus
- Libertättheater**
 (26) Die Entführung aus dem Serail
 (27) Die Fledermaus
- Melikentheater**
 (28) Die Entführung aus dem Serail
 (29) Die Fledermaus
- Die Komödie**
 (30) Die Entführung aus dem Serail
 (31) Die Fledermaus

Die agrarpolitische Sackgasse

Der drohende Landbund und die dienstfeilige Regierung

Der Reichslandwirtschaftsminister Preißner von Braun hat am Donnerstag Mitteilungen über die Agrarpolitik der Reichsregierung gemacht. Sie erstreckten sich auf die Hauptsache auf die Erweiterung des Vollstreckungsschutzes, den Ausbau der autonomen Zölle und die Kontingentierung der Margarineindustrie. Entsprechende Zusagen sind den Vertretern des Reichslandbundes bereits in einer Unterredung gemacht worden, an der u. a. Reichspräsident v. Hindenburg und der Reichsminister Schleicher teilnahmen.

Von anderer Seite wird berichtet, daß die Erklärungen des Reichslandwirtschaftsministers vom Donnerstag durch den Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichslandbund nicht beeinflusst worden seien. Weder die Erweiterung des Vollstreckungsschutzes - der Reichslandbund fordert demgegenüber generelle Einkeltung der Zahlungen bei den landwirtschaftlichen Betrieben - haben am Donnerstag Reichsminister Schleicher und der Reichsminister dem Reichspräsidenten Vortrag gehalten. Das Reichskabinett wird sich Anfang der nächsten Woche mit dieser Frage beschäftigen. Ohne Zweifel will man dem Reichslandbund goldene Brücken bauen.

Die Regierung gibt sich verzweifelte Mühe, trotz den Schwierigkeiten, die ihr die Landbundsmitglieder an den Kopf werfen, die Agrarier zufriedenzustellen, was ihr selbstverständlich nicht gelingen wird. In einer sehr scharfen Erklärung wendet sich das Präsidium des Reichslandbundes gegen das Reichskabinett. Für die Entschädigung des Landesverbandes des Reichslandbundes wäre ausschlaggebend die Verzweiflung und Verbitterung der deutschen Landwirtschaft. Gleichzeitig haben die Agrarierführer auch versucht, wieder über den Reichspräsidenten, der agrarischen Einflüssen sehr zugänglich ist, einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. Dabei soll der Reichspräsident einen umfassenden Vollstreckungsschutz zugesagt haben.

Gegen die Erklärung des Reichslandbundes wendet sich nun wieder der Reichsverband der deutschen Industrie. Der Reichslandbund hatte von einer „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeuteller der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ gesprochen, und der Reichsverband der deutschen Industrie antwortet darauf, indem er von „wider besseres Wissen erhobenen, die vaterländischen Interessen auf das schwerste gefährdenden Beschimpfungen eines unentbehrlichen Teiles der deutschen Wirtschaft“ spricht. Die materielle und seelische Not gerade der angegriffenen Industriezweige sei mindestens so groß wie in Teilen der Landwirtschaft.

Die deutsche Agrarpolitik hat immer mehr in eine Sackgasse geführt, aus der man sich nun nicht mehr heraus-

zubekommen weiß. Sie hat sich ein unmögliches Ziel gesetzt. Aus mannigfachen Gründen, zum Teil infolge der Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik und der dadurch hervorgerufenen Steigerung der Produktion, haben die Preise für Agrarprodukte eine sinkende Tendenz. Die Folge davon ist, daß die Rente der Landwirte auf ihrem Boden sinkt und der Grundbesitz entwertet wird. Da aber die Großgrundbesitzer mit Schulden belastet sind, können sie unter diesen Umständen ihre Zinsen nicht mehr aufbringen.

Wenn irgendein Industrie- oder Handelsunternehmen das fremde Kapital, das es aufgenommen hat, nicht mehr vergütet kann, so muß es in Konkurs gehen. Die deutsche Agrarpolitik aber hat sich die Aufgabe gestellt, nicht der „Landwirtschaft zu helfen“, darum handelt es sich nicht, sondern den gegenwärtigen Eigentümern des Großgrundbesitzes im Osten, den Junkern, unbedingt ihren Besitz zu erhalten. Trotzdem man Millionen hineingepulvert und zum Schaden der Bauern und der Verbraucher die Getreidepreise hochgehalten hat, ist die Pleite immer größer geworden.

Durch die maßlosen Forderungen der Agrarier und die Verschärfung des Gegenplatzes zwischen der Industrie und den Junkern wird aber auch die politische Grundlage des gegenwärtigen Reichskabinetts immer mehr untergraben. Die sozialistische und freigeberische Arbeiterbewegung steht im schärfsten Gegensatz zur Regierung Schleicher. Wenn es nun Herrn Schleicher nicht gelingt, die beiden Interessentengruppen, auf die sich bisher in Deutschland stets eine reaktionäre Regierung stützen mußte, einigermaßen unter einen Hut zu bringen, so bleiben ihm als Stütze eigentlich nur noch die Reaktionen der Reichswehr, und der Reichsminister ist ja selbst der Meinung, daß sich darauf nur sehr schlecht sitzen läßt.

Letzte Nachrichten

China protestiert gegen den Völkerbund

T. Genf, 13. Januar. (Via Funkpruch.) In einer Erklärung des chinesischen Ministerpräsidenten, die durch die heftige Ausrufung veröffentlicht wird, werden dem Völkerbund wegen seiner passiven Haltung im Mandschurenkonflikt in unermesslich heftiger Weise schwere Vorwürfe gemacht. Der Völkerbund habe nicht nur sein eigenes Ansehen auf schwerste gefährdet, sondern durch seine passive Haltung die japanische Aggressivität gefördert. Der japanische Angriff auf Schanghai am 2. Januar sei bewußt bereits jetzt erfolgt, weil der Neuzubehau des Völkerbundes erst am 16. Januar zusammengetreten. China sei daher gezwungen, seine nationale Existenz und sein Gebiet bis zum äußersten zu verteidigen. Falls aber der Völkerbund auch jetzt noch keine energischen Maßnahmen gegen Japan ergreife, werde er sich zugleich für die Zukunft für unfähig erklären, einen verantwortlichen Beitrag zur Weltfriedensarbeit zu bringen.

Staatszuschüsse für die Farmer

U. Washington, 13. Januar. (Via Funkpruch.) Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm mit 303 gegen 151 Stimmen die von Roosevelt beschlossene Vorlage zur Unterstützung der Farmer an. Das Gesetz sieht Zuschüsse für mehrere Farmerprodukte vor, darunter Weizen, Baumwolle, Mais und Tabak, und zwar in Höhe eines Preisausgleichs zwischen den gegenwärtigen Marktpreisen und den Vorkriegspreisen. Die Zuschüttung ist an die Voraussetzung einer gewissen Einschränkung der Anbauflächen geknüpft. Die Gesamtausgaben zur Unterstützung der Farmer werden auf 700 Millionen Dollar geschätzt. Dieser Betrag soll durch eine Getreideerhöhensteuer aufgebracht werden.

Das eigene Kind im Ofen verbrannt

28-jährig bei New, 13. Januar. Die hier wohnhafte 34-jährige Oberin des St. Antonien-Klosters hat, wie erst jetzt ermittelt werden konnte, in der Nacht vom 17. Dezember 1932 heimlich ein uneheliches Kind geboren. Sie hat das Kind während oder gleich nach der Geburt getötet, in Papier eingewickelt und im Ofen verbrannt. Die Frau ist seit acht Jahren mit dem 73-jährigen Maler verheiratet und Mutter von drei Kindern im Alter von zehn, sieben und vier Jahren. Von einer Heirat wurde zunächst abgesehen, da die Frau krank und behindert ist.

Straßenkämpfe in Südsibirien. In Südsibirien kam es am Donnerstag in einem Ort bei Cadiz zu wilden Straßenkämpfen. Insgesamt wurden 28 Personen getötet und 85 verwundet. In zahlreichen Häusern wurden Waffen und Bomben gefunden. Die Toten gehörten fast ausschließlich zu den anarchistischen Kämpfern.

der Scheiterhaufen, auf denen Steher gestülpt wurden, ihm umhuld in die Nase drang. Zum Nützler verführte er nicht das Kind in sich; er trug die Schellenkappe, weil er die Dornenkrone bevorzugte, und seine oft großartige Heiterkeit war ebensoviele Schutzmittel wie Drogen für ihn. Gleichwohl wurde die Dornenkrone, die nicht nur Unsterblichkeit, sondern auch eine Art ewiger Jugend und Inquisitionsschutz war, auf den Verächter aller Autoritäten aufmerksam, verbot prompt jeden neuen Band des „Santiaguel“ angeblich als unfittlich, in Wahrheit als unhygienisch, und manchmal war es gut, daß König Franz I., der Gegner der Reformation, doch mit dem Papsttum ein Bündnis zu schließen hatte, seine schützende Hand über den Dichter hielt, der durch Lachen revolutionieren wollte.

Off in der Sprache der Gasse geschrieben, gepulst mit Ausdrücken aus dem Vokabular der Beile und Postelle, nicht selten mundartlich gefärbt, waren „Gargantua“ und „Pantagruel“ doch wegen der vielen klassischen Anspielungen nur den Gebildeten ganz verständlich. Sie haben sich denn durch die Jahrhunderte rechtlich erhalten, nicht nur an der hohen Kunst der Dichtung, sondern auch in der jüngsten Realismus der Schilbung und, wie Goethes Freund Zelter, an dem „alten, verben, heiligen Französisch“, sondern auch an dem sogenannten politischen Inhalt. In diesem Sinne rief die große Revolution durch ein merkwürdiges Schicksal von Linguist 1791 Mabelais als Eideshelfer gegen Tyrannen und Mörder an. Doch auch ein Sozialist unserer Tage an dieser ungeduldig launischen Wohlwolligkeit gründlich erbaute kann, bewies zwar nicht Franz Wehring, der etwas pathetisch vor den Franzosen „Freude am Akt“ juristische, wohl aber Jean Jaurès, der in mehr als einer Schmerzliche jenen Genies beschwor, in dem schon im Zeichen der Renaissance „die große menschliche Inspiration der Revolution“ lebendig gemessen sei. 1912 auf der Jahreskonferenz der „Gesellschaft für Mabelais-Studien“, deren aktives Mitglied er war, allseits aufgefodert, das Wort zu nehmen, feierte der große Führer der französischen Arbeiterklasse den Schöpfer des „Gargantua“ aus dem Stegreif als Weltliteraturwissenschaftler und Zukunftsforscher und bekannte: „Ich bin auf meine Art praktizierender Mabelaisforscher: in den Stunden des Handels, denen Gefühle der Ermattung und des Eids nicht immer fern sind, fächte es mich beträchtlich, den „Pantagruel“ in der Hand zu haben, dieses Werk, das eine Quelle der Tat, eine Quelle der Hoffnung, eine Quelle der Freude ist und bleiben wird.“

Dresdner Chronik

Zwei Mütter

Beitrag. In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung am Montag in Dohrenhausen mußte Adolf Hitler seine Rede unterbrechen, da bei einer Besucherin unerwartet schnell ein kleiner Erbenbürger angetommen war.

Wolff Hitler weilt im kleinen Lippe, wo die große Lippe er riskiert, als ein Frauchen, grade auf der Lippe, plötzlich We'n empfindet und gebiert.

Sozialisten zu des Oafs Füßen, der verduht im Reden innehält, kommt mit Hitler-Heil! und Hitler-Grüßen Deutschlands jüngster Kazi auf die Welt.

Adolf Heuglein glänzen vor Beranigen: „So, das ist Klame wieder mal!“ Und die klinten Pressefaktis fügen eine Null an die Besucherzahl.

Fürlich blüht die Mutter auf den Kleinen und ihr schwillt das Herz vor Stolz und Glück. — Sört sie nicht die andre Mutter weinen: Hitler, gib mir meinen Sohn zurück!

Ob sie diese Stunde ihres Lebens samt dem Oaf nicht auch einft versucht, wenn, von Schmerz gerissen, sie vergebens ihren abgefilzten Jungen sucht?

Peter Michel.

Gehobene Krisenfürsorge

Vom 9. Januar 1933 an

Der Präsident der Reichsanhalt hat den Landesarbeitsämtern und Arbeitämtern die Durchführungsvorstellungen zu dem Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 24. Dezember 1932 über die Höhe der Krisenfürsorge, der am 9. Januar 1933 in Kraft getreten ist, zugehen lassen. Danach hat ein Arbeitstisch, der an der öffentlichen Fürsorge gehobene Fürsorge erhalten würde, Spruch darauf, daß seine Hilfsbedürftigkeit in der versicherungsmässigen Arbeitslosenunterstützung und in der Krisenfürsorge vom 9. Januar 1933 an nach den Richtlinien der gehobenen Fürsorge beurteilt wird. Um den Arbeitstischern bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die Durchführung des neuen Erlasses möglichst zu vereinfachen, ist es zulässig, daß das Arbeitsamt zunächst einen Antrag des Arbeitslosen abwartet, seine Hilfsbedürftigkeit nach dem Tabellenjahr außer der Reihe neu zu prüfen, da diesem Personenkreis der gehobenen Fürsorge angehöre. Der Antrag kann formlos und mündlich gestellt werden. Die Arbeitsämter sind durch einen entsprechenden Aufschlag im Arbeitsamt auf die Rechtsänderung und auf den Personenkreis, den sie trifft, ersetzbar zu machen.

Konsumgenossenschaftliche Preisbildung

Die Ermittlungen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine über die Preise von 23 Bedarfsgruppen in 34 Städten ergeben für den 23. November 1932 folgendes Preisniveau bei den Konsumgenossenschaften 21,82 Mark, Preis im gesamten Einzelhandel nach den Ermittlungen der Statistischen Reichsamts 22,77 Mark; die Konsumgenossenschaften waren also um 1,15 Mark billiger. Gegenüber dem Vormonat ist keine wesentliche Änderung in der Preisgestaltung festzustellen.

Nabattmarkenfälschungen vor Gericht

Im Dezember wurde in Dresden der 44 Jahre alte, aus der Tischschloßerei gebürtige Kaufmann Rudolf Kraus wegen Nabattfälschung vor Gericht gestellt. In seinem Besitz fand sich eine größere Anzahl Nabattmarken einer hiesigen Nabattfabrik, deren Erwerb er umfangreiche Angaben machte, die ungläublich erschienen. Wald aber stellte sich heraus, daß die Nabattmarken falsche Fälschungen waren.

Kraus, der aus Sachsen ausgewiesen war, stand am Donnerstag wegen Urkundenfälschung und Betrugs vor dem Landgericht. Wie sich aus der Verhandlung ergab, war Kraus bereits im November 1931, als er sich in wirtschaftlicher Hinsicht in die Lage sah, auf den Gedanken gekommen, sich Mittel zur Herstellung von Nabattmarken zu beschaffen. Er ließ dazu bei einer Firma in der Tischschloßerei mehr als 800 000 Marken drucken. Der Druck fiel jedoch infolge nicht in genügender Weise aus, als der Farbbau nicht richtig getroffen wurde. Kraus hat jene Galvanische, wie er inzwischen angab, verbrannt.

Ein Jahr darauf erzielte er in Leipzig-Schnaua neuerdings einen Druckauftrag. Diesmal glückte die Nachahmung und es kam zur Anfertigung von reichlich 400 000 Marken. Zwei Drittel dieser Menge sind angeblich verbrannt worden. Kraus ist ferner wieder nach Dresden gekommen, hat sich hier in den Geschäften von Mitgliedern der Nabattfabrik Nabattmarken ausgeben lassen, dabei insgesamt 120 Stück gesammelt, die er mit den falschen Marken gefüllt. Schließlich begann er am 9. Dezember die Bücher in den Geschäften zu präparieren, wobei er in 19 Fällen Erfolg hatte. Er verlangte in jedem Fall 6 Mark, insgesamt also 114 Mark. Der Schaden wurde von ihm nach seiner Verhaftung geleistet.

Nach der Darstellung des Angeklagten hatte er sich im letzten Fall Gelder verschaffen wollen, um eine Kauftour aufzunehmen, die der ferneren Erhaltung seiner Stellung dienen sollte. Das Gericht nahm, soweit Urkundenfälschung vorlag, mildernde Umstände an und bemah die Strafe auf vier Monate Gefängnis. Die Untersuchungsfrist wurde mit einem Monat angezogen.

So leben die Großstadterwerbslosen

Die Nachkriegsregierungen... haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. (Der Reichsstatler v. Papen in seiner Regierungserklärung vom 4. Juni 1932.)

Noch gibt es Millionen Deutsche, die glücklicherweise nicht ein kümmerliches Arbeitslosenleben zu führen brauchen. Noch gibt es unter ihnen Hunderttausende, die sich kaum eine annähernd richtige Vorstellung machen können, wie die Erwerbslosen mit der fargen Unterstützung ihr Leben fristen. Eine jüngst darüber unter Dresdner Erwerbslosen angestellte Erhebung zu statistischen Zwecken brachte ein geradezu erschütterndes Ergebnis.

Die Not der Großstadterwerbslosen läßt sich heute vergleichen mit den traurigen Verhältnissen in den deutschen Elendsgebieten: Thüringer Wald und Erzgebirge. Der sächsische Innenminister Richter sagte kürzlich in einem Rundfunkvortrag unter Bezugnahme auf die Not im Erzgebirge: „Wovon leben denn diese Leute? Früh, mittags und abends bekommt man nichts anderes als Kartoffeln und Weizel, ab und zu einen Bering und ein Getränk, das man Kaffee nennt... Anwendungen für Kleider sind unmöglich... Die Schwindelucht kann hier nicht ausgerollt werden trotz den gesunden Luftverhältnissen. Erstickt noch die Erwerbslosigkeit ganze Familien, wie das sehr oft der Fall ist, dann steht eine ganze Volkgruppe, die Entbehrungen seit Jahrzehnten bereits kennt, vor dem Abgrund.“

Benig anders verhält es sich mit den Erwerbslosen der Großstadt. Ihre Lebenshaltung ist ebenfalls tief gesunken, nur mit dem einen Unterschied, daß sie ihr Schicksal am tiefsten härter empfinden als ihre Volksgenossen im Thüringer Wald und im Erzgebirge, weil sie gewohnt waren, größere Ansprüche an das Leben zu stellen.

Wie die Erwerbslosen in der Großstadt leben, sei hier wiedergegeben als ein Ergebnis der anfangs erwähnten Erhebung. Erfakt wurden eine größere Anzahl Arbeitslosen, verheirateter und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Neben der Höhe der Unterstützung wurde insbesondere gefragt nach eventuellen Nebeneinnahmen, nach der Art der Verwendung aller Einnahmen und der Art, ihre Freizeit zu gestalten.

Es ergab sich, daß die durchschnittliche Unterstützung bei Unterhaltungsmaßnahmen mit zuzurechnenden Angehörigen auf eine Person umgelegt 3,40 M. wöchentlich beträgt. Dieser Betrag, zum Leben verwendet, verteilt sich folgendermaßen:

- Miete 31 Prozent
- Frühstück und Abendbrot . . . 27 Prozent
- Wohlfahrtsgeld 25 Prozent
- Nacht, Heizung usw. 8 Prozent
- Verchiedene kleine Ausgaben . . 7 Prozent.

Weiter ergab sich, daß im Durchschnitt mit einer zufälligen Einnahme von 13 Prozent wöchentlich pro Person zu rechnen ist. Der wöchentliche Lohn ist ebenfalls sehr verschiedenen Ursprungs und Weisens. Er entfällt Nebenerwerb aller Art, obne mit Kosten verbundene Erwerbungen und Sachbezüge von den Wohlfahrtsämtern. Die Nebenerwerbe treten in allen Variationen auf: Ein Nachbarbeiter führt kleine Reparaturen aus, ein Familienvater geht betteln, ein anderer „mocht zu ein bißchen Vertreter nebenbei“. Die Erwerbslosen des Stadttrandaubietes sammelten Holz, hawelten Kartoffeln u. a. m. Dadurch tritt eine, wenn auch geringe Erhöhung der Lebenshaltung ein.

Es folgen zwei Küchenzettel, die den geschiederten Verhältnissen entsprechen. Sie sind nicht willkürlich konstruiert, sondern der Wirklichkeit entnommen.

Mittagsgerichte:

| | |
|--|------------------------------|
| I. 14. 12: Kartoffelmasse mit Semmelmehl | II. Kartoffelsuppe mit Speck |
| 15. 12: Kartoffeln mit Wachsen und 1/2 Pfund Fleisch | Kartoffelbraten ohne Fleisch |
| 16. 12: Kartoffeln in Zwickelform | Pudding aus Brot |
| 17. 12: Brot und Kaffee | Kartoffeln und Zwiebraten |
| 18. 12: Kartoffeln und Fleisch | Kartoffeln mit Margarine |
| 19. 12: Kartoffeln und Fleisch | Quarksuppe |
| 20. 12: Kartoffeln und Bering | |

Das Frühstück besteht vorwiegend aus Brot mit Margarine und Kaffee.

Das Abendbrot besteht vorwiegend aus Brot mit Margarine, Kaffee und Bering oder Bratkartoffeln, Kartoffelsuppe, Brot und Kaffee.

Vergleichsweise folgt der Speisezettel einer preussischen Gefangenanstalt für zwei Tage:

Sonntag:
 Morgens: 1/2 Liter Kaffee oder 1/2 Liter Suppe und 300 Gramm Brot.
 Mittags: 1 Liter Rübelsuppe, 100 Gramm Schweinefleisch, 1 Liter Kartoffeln, 1/2 Liter Tunkte, 1/2 Liter Preiselbeeren.
 Abends: 1/2 Liter Kaffee, 250 Gramm Brot, 250 Gramm Kunstbutter, 50 Gramm Käse.

Montag:
 Morgens: In allen Wochenlagen die gleiche Portion wie Sonntags.
 Mittags: 1 Liter Fleisch mit Kunstbutter als Rettung.
 Abends: 1/2 Liter Kaffee, 250 Gramm Brot, 250 Gramm Kunstbutter, 50 Gramm Büchsenleberwurst.

Man sieht: Die Gefangenen haben es besser als die Erwerbslosen.

Hält die Krise noch länger an, dann sinken die Erwerbslosen zwangslos zu Bettlern in Lumpen herab. Kein Erwerbsloser kann sich ein neues Kleid schaffen. Die meisten haben bereits ihr letztes Kleid, den Sonntagsganz, das Sonntagsgeld, aus dem Schranke geholt. Nur den allermäßigsten ist es möglich, auch einmal ein Theater, Konzert oder Kino zu besuchen. Von den in der Erhebung Befragten waren 5 Prozent im November im Kino und weitere 2 Prozent in Konzerten oder Theater, 40 Prozent der Befragten verbringen ihre Freizeit vorwiegend mit Lesen. Die übrigen 60 Prozent lassen sich nur schwer erlösen, da ihre Beschäftigung in der Freizeit individuell verschieden ist. Posten, Spaziergängen, im Haushalt helfen sind öfter genannte Beschäftigungen.

Alles in allem beweist die Erhebung, daß die Lebenshaltung so tief gesunken ist, daß auch der geringste Verlust einer weiteren Senkung den heftigsten Widerstand aller Erwerbslosen finden wird. Es wird auch kein vernünftiger Mensch in Deutschland sein, der glaubt, daß die Millionen Arbeitslosen unter derartigen Lebensbedingungen noch Jahre zu bringen können und werden. Heber Monate und Jahre hinaus tragen sie ihr Schicksal in stiller Entlohnung, weitere Jahre aber werden sie ihr Schicksal nicht still ertragen, denn der Wille zu leben, als Mensch zu leben, ist stärker als je zuvor.

Es ist das höchste Gebot der Stunde, ohne zu zögern Arbeit zu schaffen, die den Millionen wieder ein menschenwürdiges Dasein garantiert!

Dorst Kasper

Der Winter kommt noch

Das Wetter der nächsten Woche

Bericht der Meteorologischen Dienstleistungen

Der Winter kommt noch. Die Wetterprognose der Meteorologischen Dienstleistungen zeigt, daß der Winter noch ein harter sein wird. In den nächsten Tagen wird ein Hoch über dem Nordatlantik sich bilden, das zu kaltem, trockenem Wetter führen wird. In der zweiten Hälfte der Woche wird ein Tief über dem Mittelmeer sich bilden, das zu mildem, bewölktem Wetter führen wird. In der dritten Hälfte der Woche wird ein Hoch über dem Nordatlantik sich bilden, das zu kaltem, trockenem Wetter führen wird. In der vierten Hälfte der Woche wird ein Tief über dem Mittelmeer sich bilden, das zu mildem, bewölktem Wetter führen wird.

Eine Schulausstellung hat das Bettiner Gymnasium

in seiner Aula aufgemacht, die bis einschließlich Sonntagabend von 4 bis 7 Uhr, am Sonntag von 11 bis 1 Uhr geöffnet ist. Der Ziel ist, neue Wege der Veranschaulichung zu zeigen, und die eigenhändigen plastischen Jahrbücher durch Anfertigung von Modellen zu erweitern; damit schafft sich die Schule zugleich wertvolle Schreibe, eine Anzahl der stark gefüllten Jahrbücher. Die Ausstellung umfasst Erdkunde, Geschichte und Kulturkunde. Eine große Anzahl von Karten, teilweise nach einem instruktiven Schema als überlegenerer Platten hergestellt, schafft Vergleichsweisen erdanklicher, wirtschaftspolitischer und geographischer Gesichtspunkte und veranschaulicht die Verhältnisse ihrer Zusammenhänge. Mit stichtlicher Begleitung gebastete Modelle zeigen Hauptorten verschiedener Länder, geben im Lehrfilm Geschautes wieder oder zeigen an einer schematisierten Entfaltungstabelle die nicht mehr heftigste Derkluft des griechischen Tempels vom nordischen Holzhaus. Im Anschließ an eine Galerieführung werden die Monoprint-Prinzipien in der Malerei der Romantik aufgeführt. Das Modell einer Fährbahnführung aus der Bronzezeit, Eisen- und Blauschmelzungen aus der Umgebung des Landheims, Vindöber als Ergebnis heimischer Wanderungen ergänzen das vielgestaltige Bild. Überbrückend Dr. Weider begrüßte bei der gefrigen Eröffnung die zahlreich erschienenen Gäste und wies auf den besonderen Wert der aufgeschalt des Besuchs freiwillig geschaffenen Arbeiten für die geistige Entwicklung der Schüler hin.

Ein fahrlässiger Schür. Eine im 4. Stock des Grundstücks Malienstraße 20 wohnhafte 72 Jahre alte Frau beobachtete am Donnerstag, in der 9. Abendstunde, wie ihr 15jähriger Enkel mit einer Flaubertpistole spielte. Da der Junge der Auforderung seiner Großmutter, die Waffe wegzulegen, nicht nachkam, versuchte sie ihm dieselbe aus der Hand zu nehmen. Hierbei löste sich ein Schuß und verlebte die Frau in der linken Brustseite. Es machte sich die Lebensgefahr geltend, die Verletzungen erweisen sich nicht als lebensgefährlich, so daß die Frau bald wieder entlassen werden kann.

Warnung vor einer Einmitleid. Seit längerer Zeit treibt die geliebte Ehefrau Elisabeth Hübner geb. Kruse, am 2. April 1909 in Gotha geboren, ihr Unwesen als Einmitleid. In einigen Fällen hat sie sich den Vermittlern gegenüber als Krankenschwester ausgegeben. Unmittelbar nach ihrem Einzuge verfiel sie in allen Fällen unter Wahrung von Wärme, Kleidergeschäften, Geld usw. Sie wird von verschiedenen Behörden wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrug und Urkundenfälschung heftiglich geahndet und wie folgt beschrieb: 180 bis 184 Zentimeter groß, schlank, braune Haare, ungewöhnlich bide Nase, dunkelblauer Wollstoff, Jodhals, Goldkette. Bei ihrem letzten Aussehen nannte sie sich Elisabeth Kruse. Sie trägt dunkelgrünen Mantel mit dunkelrotem Pelzsaum, schwarze Krawatte, schwarze Schuhe und breiten, grauer Kragen, dunkelbraunes Kleid mit rotem Pelzsaum, graue Krawatte mit hellbraunen Beberknoten, braune Strumpfhosen. Sollte sie erneut auftreten, so ist sie man die Polizei.

Reichstags-
abgeordneter Alfred Dobbert, Meißen,
 spricht heute abend
 7²⁰ Uhr in den Blumen-
 sälen, Dresden-A.

Der verhaßte Schulrat

Gemeine Dase gegen einen Republikaner - Volksbildungsministerium wird vom Mischmann-Blatt angegriffen!

Nichts zeigt drastischer und überzeugender das Janusgesicht und die grenzenlose Demagogie der Nazis als die Tatsache, daß sie überall, wo sie einigermaßen Einfluß haben, das ausgeprochenste Parteibuchbeamtentum züchten, sich über andererseits mit But auf jeden auftraden republikanischen oder gar sozialistischen Vorkommen stützen und die „Säuberung des Verwaltungsapparates“ fördern. Jetzt haben sie es besonders auf den Bezirkschulrat Siehweg in Völsau abgesehen, aus dessen Zugehörigkeit zum Bund entschiedener Schulreformer sie ihm „kulturbolschewistische Tendenzen“ vorwerfen und alles tun, um diesen Mann zur Strecke zu bringen.

Wir berichteten bereits kürzlich, daß am 19. November 1931 in Völsau in einer Versammlung des Christlichen Elternvereins der Verfassungskonferenz Walter Kühn an der 2. Knabenhilfsschule in Dresden, der im Vorstand des verbotenen Neuen Sächsischen Lehrervereins und Leiter des rechtsgerichteten Sächsischen Erziehungsvereins ist, den Stadtschulrat Löwenstein (Dresden) und den Bezirkschulrat Siehweg scharf angegriffen und letzteren als Volksverführer bezeichnet hatte. Kom Amstergewalt Löbner erhielt Kühn wegen öffentlicher Beleidigung eine Strafe von 100 M. über 10 Tagen Gefängnis. Kühn legte Berufung ein; das Landgericht Bautzen kam ebenfalls zu der Überzeugung, daß Kühn den Schulrat Siehweg tatsächlich beleidigt habe, billigte ihm jedoch die Wahrung berechtigter Interessen zu, da er als schulpflichtiger Leiter des Sächsischen Erziehungsvereins, als Vorsitzender des Neuen Sächsischen Lehrervereins und als Beauftragter des Christlichen Elternvereins Völsau gesprochen habe und sprach ihn frei.

Auf Grund dieses Freispruches unternimmt nun die sächsische Naziseitung, der „Freiheitsschlag“, unter vollkommener Bezeichnung der Dinge einen Vorstoß gegen Siehweg beim Volksbildungsministerium!

Während man zunächst wieder einmal behauptet, daß die sächsische Verwaltung „heute noch ein Eldorado für moralische Beamte“ ist, dann Siehweg persönlich angegriffen wird schließlich auf die Verbindung gegen Kühn und seinen Kreispruch Bezug genommen. Und dann geht der Jock des ganzen, schon durch die

Ueberschrift „Bezirkschulrat mit kulturhochschowistischen Tendenzen wird vom Volksbildungsministerium geschäftig“ gefenngezeichneten Artikels aus dem Schluß hervor:

„Wir fragen das sächsische Volksbildungsministerium, das bekanntlich vom Ministerpräsidenten Schied persönlich verwaltet wird: Wie lange schützt es noch einen Bezirkschulrat, dem kraftfrei der Vorwurf gemacht werden konnte, er sei ein Volksverführer, und der die von seiner vorgelegten Behörde eingeführten Bücher als unmoralisch bezeichnen?“

Also ein Beamter, ein Volkserzieher soll wegen seiner fortschrittlichen Einstellung auf kulturellem und politischem Gebiete drohtlos gemacht, aus dem Amt gejagt werden! Womöglich, um einem Anwärter mit dem Naziparteibuch in der Tasche Platz zu machen! Dazu schreit man nicht vor unüberwindlichen Mitteln zurück! Man stellt die Dinge so dar, als sei durch den Freispruch Kühns der Schulrat Siehweg moralisch verurteilt worden, als sei der Wahrheitsbeweis Kühns, Siehweg sei ein Volksverführer, erbracht worden. Das ist aber nicht der Fall! Man verheimlicht, daß das Landgericht in der Urteilsbegründung ausdrücklich feststellte, Kühn habe Siehweg tatsächlich beleidigt. Der Freispruch erfolgte, weil Kühn als Beauftragter verschiedener Organisationen sprach, wofür deren Interessen vertrat.

Am übrigen sind die in dem Artikel des „Freiheitsschlag“ angeführten Zitate aus den „Grundsätzen des Juden und bolschewistischen Schriftstellers Dr. Löwenstein“ vollkommen unecht! Und auch die Behauptungen über angebliche Beziehungen des Schulrats Siehweg über den vom Volksbildungsministerium eingesetzten Kleinen Kutschmann usw. entsprechen nicht den Tatsachen. Für heute sei dies zur Charakterisierung des nationalsozialistischen Vorstoßes festgesetzt, außerdem ist der Fall für die Staatsanwaltschaft noch nicht erledigt und auch dem Volksbildungsministerium trauen wir so viel Ehrlichkeit zu, daß es das Mandat der Nazis erkennt als einen von niedrigen Parteizwecken geleiteten Vorstoß zur Verleumdung eines fortschrittlichen und republikanischen Schulmannes!

Sachsen

Gewinne der Lotterien zugunsten der Sächsischen Winterhilfe 1932/33

Entgegen verschiedentlich in Bevölkerungskreisen aufgetauchten Behauptungen, daß Gewinne der Lotterien zugunsten der Sächsischen Winterhilfe nicht voll ausgeschüttet werden, teilt die Geschäftsleitung der Lotterie mit, daß jeder Gewinnschein ohne Ausnahme auf den Betrag, den er angeht, ausgeschüttet wird, und zwar ohne jegliche Legitimation des Gewinners. Ganz besonders sei darauf hingewiesen, daß auch Unberechtigten jeglicher Art in den vollen Genuß ihres Gewinnes kommen. Anderslautende Gerüchte entbehren jeder sachlichen Grundlage. Wer als Besitzer der Sächsischen Winterhilfe einen Gewinn zieht, hat dementsprechend auch Anspruch auf volle Auszahlung, ohne seinen Namen und seine Adresse angeben zu müssen, da von der Lotterie aus die Steuern der Gewinne bereits im voraus entrichtet sind.

500 Mark Belohnung für Mordauflärung

Leipzig, 12. Januar. Die ununterbrochenen kriminalpolizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes an der Lehrerswitwe Pauline Jausch haben bisher keine Anhaltspunkte zur Feststellung des Täters ergeben. Die Wohnung, die sich in einem hart verwahrlosten Zustande befand, ist gründlich durchsucht worden, um einen Einblick in die persönlichen Verhältnisse der Ermordeten zu gewinnen. Hierbei wurde Materialutage gefördert, nach welchem die Jausch ein Vermögen von etwa 25000 Mark besaß. Die Papiere vermachte sie in einem Treuhandvertrag der Sparkasse Leipzig. Die Treuhandschäfte konnten bisher nicht aufgefunden werden, so daß die Möglichkeiten besteht, daß sie vom Täter mitgenommen wurden. Aus dem Treuhandvertrag geht hervor, daß dem Täter in der Wohnung Belohnung in die Hände gefallen ist, steht nicht fest. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist jetzt anzunehmen, daß die Tat bereits am 6. Januar nachmittags ausgeführt wurde, da um diese Zeit von einer Doppelwohnerin ein Schrei gehört worden ist. Offen bleibt jedoch auch ein späterer Zeitpunkt. Der zum Verhängen der Hände vom Täter mitgenommene Leberriemen ist mehrfach, vermutlich zur Lösung der Ankerkette, durchschnitten worden. Hierzu wurde wahrscheinlich eine am Tatort gefundene und der Festnahme gehörige Schere benutzt. Zur Aufklärung der Mordtat ist vom Oberstaatsanwalt beim Landgericht Leipzig eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden.

Flauen. Ein Todesopfer eines Lokstrahlwagens

Der 44 Jahre alte Expediturwart Hoff von hier befand sich am Mittwoch mit einer Reihe Kolonnen auf der Fahrt von Hof nach Plauen. Als Hoff bei Klein-Gröbern in einem entgegenkommenden Geleise ausweichen wollte, geriet er mit dem Lokstrahlwagen gegen einen Strohbaum und stürzte mit dem Wagen die Böschung hinunter. Von dem Personal eines vorbeikommenden Staatsbahnbusches wurde Hoff, der im Führerort eingeschrammt war, befreit. Die Verunfallte hatte in schwere Verletzungen davongetragen. Der Verunglückte hatte in schwerer Verletzung davongetragen. Der Verunglückte hatte in schwerer Verletzung davongetragen. Der Verunglückte hatte in schwerer Verletzung davongetragen.

Splicht spricht in Genf

S. Genf, 12. Januar. (Fig. Draht.) In der Aussprache über die internationale 40-Stunden-Woche sollte für die Arbeitergruppe Splicht, Deutschland, unter starkem Beifall in äußerst wirkungsvoller Weise besonders die soziale Seite des Arbeitszeitproblems auf. Niemand zweifelt daran, daß die technische Entwicklung große Arbeitsmengen freigesetzt habe. In Deutschland schätzte man die Zahl von 1925 bis 1932 auf mindestens eine Million. Im September 1932 seien 1271 Kilogramm im Jahre 1928. Selbst in der Depression sei die Technisierung und Rationalisierung nicht aufgehört, sondern gerade der Ertragswert pro Mann und Schicht gewaltig gesteigert worden. Auch ohne Maschinen würde der Leistungswert des Arbeiters durch Vereinfachung des Arbeitsorganismus stark erhöht. Das sei gerade das Neue an der zu meistendsten Entwicklung.

Die planvolle Arbeitsgestaltung

Die aus dem Menschen das Höchste an Leistung herauszuholen, die Produktionsmittelindustrie sei viel stärker entwickelt worden als die Verbrauchindustrie. Daraus habe sich das Mißverhältnis ergeben. Es müsse wieder ein Ausgleich zwischen beiden Industriezweigen geschaffen werden. Dazu komme die Veränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung, aus der immer mehr Menschen zur Arbeit drängten.

„Wissen denn die Unternehmer einen besseren Weg als der Kräfte als die Arbeitsverfälschung?“ rief Splicht schließlich der Versammlung zu. „Sollen wir den Menschen zugrunde gehen lassen, bis wir zu einer besseren Konjunktur kommen?“

Denken Sie an die Jugend aller Länder, die durch die Arbeitslosigkeit vertrieben wird! Können man nicht den Produktionsprozess mit der Verteilung in Einklang bringen, dann bliebe eben nur die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf möglichst viele Menschen. Das sei die Verfürgung der Arbeitszeit. Die Väter der gegenwärtigen Generation gegen den Jähling, und die gegenwärtige Generation gegen die Väter, die die Wirtschaft heute so verfallen lassen, da hätte man immer wieder ihnen und der gegenwärtigen Generation entgegenzusetzen, die Wirtschaft gehe zugrunde. Aber nur aus der Verfürgung der Arbeitszeit komme

Der Fortschritt für die Menschheit

Die Kaufkraft des Arbeiters dürfe aber um keinen Preis absinken.

Splicht schloß: Könnte man sich endlich freimachen von der Idee der Lohnsenkung bei der Lösung des Problems, so läme man sofort weiter. Die Konferenz dürfe nicht ohne Ergebnis auseinandergehen. Millionen Arbeiter blickten heute voll Hoffnung nach Genf. Die Konferenz könne keine Generallösung bringen, aber ein gutes Stück dazu beitragen, das Elend mildern zu helfen.

Ämtlicher Winterport-Wetterdienst vom 13. Januar

- Oberkirchsprung. — 6 Grad, bedeckt, still, 12 cm Schnee, 1 bis 2 cm Reif, neblig, St und Nebel aus, herrliche Winterlandschaft.
 - Altenberg. — 6 Grad, Nebel, still, 10 cm Schnee, neblig, St und Nebel aus, herrliche Winterlandschaft.
 - Zinnwald-Georgenfeld. — 5 Grad, bedeckt, still, 10 cm Schnee, neblig, St und Nebel sehr aus, herrliche Winterlandschaft.
 - Schwarzenberg. — 5 Grad, Nebel, still, 14 cm Schnee, geföhnt, St und Nebel aus, herrliche Winterlandschaft.
 - Kipdorf. — 5 Grad, bedeckt, still, 6 cm Schnee, neblig, St und Nebel nicht, gute Winterlandschaft.
 - Oberharzberg-Falkenberg. — 7 Grad, bedeckt, still, 18 cm Schnee, geföhnt, St und Nebel aus, herrliche Winterlandschaft.
 - Schwarzeck-Oberharz. — 8 Grad, bedeckt, still, 11 cm Schnee, geföhnt, St und Nebel aus, Winterlandschaft art.
 - Kohaus. — 10 Grad, bedeckt, still, 14 cm Schnee, neblig, St und Nebel sehr aus, herrliche Winterlandschaft.
 - Bornbühl-Georgenfeld. — 7 Grad, bedeckt, schwacher Wind, 10 cm Schnee, neblig, St und Nebel aus, herrliche Winterlandschaft.
 - Frankenstein. — 5 Grad, bedeckt, still, 9 cm Schnee, neblig, St und Nebel nicht, herrliche Winterlandschaft.
 - Neuhausen (Schwarzenberg). — 8 Grad, bedeckt, still, 6 cm Schnee, neblig, St und Nebel nicht, herrliche Winterlandschaft.
 - Flechteberg. — 10 Grad, Nebel, schwacher Wind, 12 cm Schnee, geföhnt, St und Nebel aus, herrliche Winterlandschaft.
 - Klein-Gröbern (Arnsberg). — 10 Grad, bedeckt, still, 17 cm Schnee, geföhnt, St und Nebel sehr aus, herrliche Winterlandschaft.
- Witterungsbeobachtung: Bestehen des meteorologischen Dienstes.

Neues aus aller Welt

Russischer Dampfer mit 250 Menschen untergegangen?

London, 13. Januar. (Fig. Draht.) Im Ostindischen Meer ist der 3650 Tonnen große Sowjetdampfer „Sachalin“ mit 200 Passagieren und 12 Mann Besatzung am Nord in Seerosen geraten. Alle Versuche, mit dem Schiff nach selben SOS-Rufen funktentelegraphischen Verkehr aufzunehmen, blieben erfolglos. Man nimmt deshalb an, daß der Dampfer bereits mit Mann und Maus untergegangen ist.

Das Meer von Schott ist ein Teil des Stillen Ozeans an der östlichen Küste.

Angeklagter und Zeuge in einem Kaufmann Berner Rind aus Zwidau wegen Meineids und verdächtig Verleitung zum Meineid zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenverlust.

Der wegen Betrugs und Urkundenfälschung bereits erheblich vorbestrafte Berner Rind nahm eines Tages bei einem Zwidauer Handwerker ein Darlehen auf. Als Schlichter verhandelte er ein ihm anvertrautes Kommissionslager der Deutschen Tropikal-Gesellschaft, die eine Kasse zum Abkaufen von Gewürzen gegen Grundwasser vertreibt. Als Rind das Lager nicht wieder ausgeliefert, aber auch keine Firma formell Abrechnung erteilte, wurde er verhaftet. Rind erhob wegen ihm angeblich vorenthaltener 3000 M. Provision Widerklage. Es kam zu einem Prozeß. Gerichtshand war Zwidauer. Ein Schuldamtsrat Rind sollte in seinem Wohnort Zwidau kommissarisch als Zeuge vernommen werden. Bei Rind aber wachte, daß er bei der Zwidauer Justiz nicht gerade im besten Ansehen stand, verlegte er den Wohnort seines Schulfreundes nach Weimar — indem er dort bei einem Geschäftsfreund ein (niemals bezogenes) Zimmer für den Zeugen mietete. Die Post für Schmidt wurde aber an jene Weimarer Adresse nachgeschickt und mit ihr auch die Ladung an Schmidt. Schmidt weigerte sich, nach Weimar zu reisen. Daraufhin stellte sich Rind selber dem Weimarer Amtsgericht als Zeuge Schmidt vor. In einem 13 Schriftmahnungen umfassenden Protokoll sagte er so einseitig für sich selbst aus, daß er den Prozeß gegen die Tropikal-Gesellschaft gewonnen. Die verurteilte Firma beantragte gegen den Zeugen ein Meineidsverfahren; im Verlauf dieses Verfahrens kam die Wahrheit ans Licht.

Arfen statt Salz

In Pularek hat sich eine fünfköpfige Familie das Mittagessen statt mit Salz mit Arfen befreut. Alle fünf Personen haben unter entsprechenden Qualen.

Kein Genter-Prozeß

Die Völscher Senatskanzlei hat an den im Anschluß an die Calmette-Affäre der fünfjährigen fahrlässigen Zerstörung des Berliner Arzt Dr. Genter auf Anregung des Völscher Gesundheitsamtes die Anfrage gerichtet, wie er sich zu einer Einstellung des Verfahrens gegen ihn verhalten würde. Es ist ein Komum, daß ein Angestellter gefragt wird, ob er eine Verhandlung gegen sich wünscht — aber der Völscher Senat scheint Dr. Genter, der an den von ihm behandelten Calmette-Mindern ein neues Mittel ausprobierte, nicht nur den guten Glauben zugubilligen, sondern darüber hinaus auch der begründeten Meinung zu sein, daß durch eine Verurteilung der Calmette-Affäre, die mittelbar und unmittelbar sozial tragische Ereignisse nach sich zog, niemand geübelt ist.

Dr. Genter wird in seiner Antwort an den Völscher Senat erklären, daß er grundsätzlich mit der Einstellung des Verfahrens gegen ihn einverstanden ist. Er verlangt jedoch, daß die zwei Kräfte gegen ihn erhobenen Verurteilungen in aller Offenheit zurückgenommen werden. Die Frage einer materiellen Entschädigung soll im Rahmen einer Konferenz der beteiligten Parteien erörtert werden.

Zwei Flugzeugkatastrophen

In Nordafrika ereigneten sich zwei schwere Flugzeugunfälle. Das Postflugzeug Algier-Rafelle schlug beim Start im Hafen von Algier infolge des zu hohen Wellenganges um; der Telegrafist kam ums Leben. In der Nähe von Tunis stürzte ein Militärflugzeug in einen See; die vier Insassen wurden getötet.

Hummel-Daubmann verurteilt

2 Jahre 6 Monate Gefängnis

Freiburg, 13. Januar. (Fig. Draht.) Der „letzte Heimkehrer“ und Betrüger Hummel wurde bereits am Donnerstag abend verurteilt. Gegen 20 Uhr verkündete das Gericht folgende Entscheidung:

Der Angeklagte wird wegen zwei Verbrechen des Betruges im Rückfall im rechtlichen Zusammenreffen mit einem Verbrechen der Urkundenfälschung und einem Verbrechen nach § 272 (Vergehen der falschen Namensannahme) zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. 2 Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Gleichzeitig werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.



Festschrift

Wiedersehens-Feier

zur 40-jährigen Zeit des 20. Jan. 1933

Ehrendenkmal
Karl-Oskar Daubmann, Ludwigs

Landesoberpräsident Karl-Oskar Daubmann

So wurde der falsche Daubmann von den Nationalisten gefeiert

Die falsche Daubmann-Feier wurde von den Nationalisten gefeiert. Die Nationalisten haben die falsche Daubmann-Feier gefeiert. Die Nationalisten haben die falsche Daubmann-Feier gefeiert.

Sturm gegen die Mörderpartei

Die Ermordung des SA-Mannes Gentsch vor dem Landtag - Aufhebung der Immunität des Abg. Dr. Bennede Die traurige Rolle der KPD. - Ein schwarzer Tag für die Regierung - Genosse Beckel wartet mit neuem, aufsehenerregendem Material über die Dresdner Polizei auf

Dresden, 12. Januar.

Die ungemein starke Erregung, die der Mord an dem SA-Mann Gentsch in der Bevölkerung ausgelöst hat, kam in dem Waffengang zu der heutigen Landtagssitzung sichtbar zum Ausdruck. Die öffentlichen Tribünen waren überfüllt. Der Landtag war buchstäblich ausverkauft.

Gegen 13 1/2 Uhr eröffnete Präsident Dr. Eckardt die Sitzung. Zunächst erzielte Abg. Dr. Wilhelm für den Rechtsausschuß ausnahmsweise Bericht zu dem Antrage der Staatsanwaltschaft auf

Strafverfolgung des Abg. Dr. Bennede

wegen Begünstigung der mutmaßlichen Täter. Der Rechtsausschuß hat, wie bereits berichtet, beschlossen, dem Plenum die Aufhebung der Immunität des Abg. Dr. Bennede zu empfehlen.

Der Kommunist Sindermann versuchte das Verhalten seiner Partei zu rechtfertigen, deren Vertreter im Ausschuss sich der Stimme enthalten haben. Er sagte, die KPD habe kein Verlangen zum Staatsapparat und zur Justiz. Der Rechtsausschuß begreife mit seinem Antrage nur eine Entlastungsmaßnahme gegenüber der KPD. Der Staatsapparat müsse die Verantwortung für die Ermordung des Gentsch übernehmen. Die KPD habe sich durch die Aufhebung der Immunität nicht schuldig gemacht, sondern nur das Spiel der Kommunisten mitgeführt. Die Kommunisten würden in der Frage der Immunität von ihrem Prinzip nicht abweichen. Dann verliest Sindermann eine Erklärung, die aus Schmähungen und Verleumdungen der Sozialdemokratie besteht. Diese schmeiße den Fall Gentsch zur Verhöhnung der Arbeiterklasse. Aus diesen Gründen werde sich die KPD an der Abstimmung nicht beteiligen.

Wenigstens im ganzen Hause. Die SPD-Fraktion antwortet mit Freilassen. Im allgemeinen kann man die weiteren Ausführungen des kommunistischen Redners unter der Präsidentschaft fast ausschließlich die Stille in Funktion. Es kommt zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten. Die Tribüne mischt sich ein, so daß der Präsident die Klammerung androht.

Eine schallende Ohrfeige für die Kommunisten

Abg. Schreiber (KPD): Die KPD scheint ein sehr starkes Interesse daran zu haben, daß die Immunität nicht aufgehoben wird. (Große Heiterkeit; Zurufe: Das muß den Kommunisten unangenehm sein.) Die KPD sei grundsätzlich gegen eine Aufhebung der Immunität, wenn sie in diesem Falle dem Antrage zustimmen würde, so geschähe dies auf ausdrücklichen Wunsch des Abg. Dr. Bennede. Wer überlassen die Aufklärung dem ordentlichen Gericht. (Lärm bei den Sozial.)

Abg. Edel (Soz.):

In dem Bericht über die Sitzung des Rechtsausschusses ist bezüglich in einem Satze die Vermutung darüber ausgesprochen, daß die Kommunisten ihre Stellungnahme erst für die Plenarsitzung überlegen müßten, eine eigentümliche Stellungnahme, wenn man bedenkt, daß dazu einige Wochen Zeit gewesen ist. Nach der Rede des Herrn Sindermann muß man nun aber sagen, was das Wahre ist oder Falsche! Die schallende Ohrfeige, die Herr Sindermann als Antwort bekommen hat (Sehr richtig! h. d. Soz.), ist allem alle die genaugenügende Antwort für solche Tiraden. (Lärm h. d. Komm.) Wenn eine Situation zu solchen Tiraden der Kommunisten nicht geeignet ist, dann ist es die heutige Situation. Sehr wahr! h. d. Soz.), die allen Anklage böte, die ganze Kraft der Abwehr gegen die nationalsozialistische Mörderpartei zu richten. (Sehr richtig! h. d. Soz. - Lärm h. d. Komm.) Von dieser Notwendigkeit abgesehen zu haben, ist ein Verdienst der Kommunisten.

Es ist in letzter Zeit auf die Sozialdemokratische Partei ein Sturm von Niedergeringen niedergelassen, weil wir in diesen Mordverbrechen ungenügend beteiligt haben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Dabei haben wir uns wahrheitsgemäß betont, daß dieser Fall nicht so lediglich der Verurteilung wegen von großer Bedeutung ist, sondern weil er ein eminent politisches Interesse auslöst. (Sehr wahr! h. d. Soz.) weil man sieht, wie es gemacht wird (Sehr richtig! h. d. Soz.) man angebliche Kameradschaft dazu führt, daß auf dem Wege des Mordmordes ein Opfer gefordert wird. Und interessiert dieser Fall ist besonders, weil die Behörden nicht ihre Pflicht getan haben. Herr Bennede genießt deswegen einen besonderen Schutz, weil er sich in der Ekkel eines guten Censur bewegt hat. Und wenn schließlich der Generalstaatsanwalt den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Bennede gestellt hat, so unter dem Druck der öffentlichen Meinung (Sehr wahr! h. d. Soz.), unter dem Druck der Presse, zu dem wir uns allerdings als verantwortlich bekennen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Wie unsinnig die Taktik der Kommunisten ist, geht daraus hervor, daß die Staatsanwaltschaft und die Regierung, wenn in Zukunft gegen die Mörder nichts unternommen würde, sich dann darauf berufen könnten, daß die Mörder im Schutze des öffentlichen Parliaments stehen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Noch mehr! Wenn das Parlament die Immunität nicht aufheben würde, aus dem von Sindermann angeführten Gründen, würde die Öffentlichkeit annehmen, daß in einer anderen Partei ein ähnliches Verbrechen möglich wäre. (Sehr wahr! h. d. Soz. - Lärm h. d. Komm.)

Die Immunität ist das höchste Gut des Parlaments. Aber der Fall, der hier in Frage kommt, läßt sich in keine Parallele zu dem Fällen bringen, die zu einer Aufhebung der Immunität bis in die letzte Zeit hinein geführt haben. Was hier geschehen ist, hat mit Politik nichts mehr zu tun, sondern gehört in das Gebiet der kriminellen Verbrechen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Und wir sind uns zu gut dazu, die Hand dazu zu bieten, gemeine Verbrechen zu verteidigen. Wenn Sindermann meint, daß ein Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen werden könnte, dann bedenken wir uns für diese erbärmliche Angst, die hinter diesen Worten liegt. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Es kann gar kein Streit darüber herrschen, daß es notwendig ist, von diesem Verbrechen den Schutz des Parlaments wegzunehmen. Es liegen anonyme Briefe vor, die den Abg. Dr. Bennede direkt beschuldigen, daß er an dem Mord teilhabe, und der Generalstaatsanwalt erklärt, daß es nicht möglich sei, den Spuren nachzugehen. Es kommt darauf an, daß die Spuren nicht noch mehr verwischt werden. Deshalb ist der Standpunkt der Kommunisten hinsichtlich unverständlich. Gerade die Kommunisten, die bei jeder Gelegenheit erklären, es handle sich bei solchen Fragen politischer Natur um Rechtsfragen (Sehr wahr! h. d. Soz.), die einen Apparat, einen Reines im Reichstage besitzt haben, könnten wenigstens dazu beitragen, die offenkundigen Mörder zur Verantwortung gezogen werden können. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Dieses Kapitalproletariat Schande, das die Kommunisten

aufgeführt haben, hat bereits die SPD-Fraktion instinktiv mit „Psst!“ gekennzeichnet. Wir werden es auch der sächsischen Arbeiterklasse unterbreiten. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Abg. Böchel (Soz.):

Wenn die Kommunisten keinerlei Vertrauen zum Staatsapparat und zur Justiz haben, so ist doch sonderbar, daß sie selbst einen Antrag eingebracht haben, der eine strenge Untersuchung gegen die Leitung der Dresdner Polizei (Sehr gut! und Beifall h. d. Soz.) wegen des dringenden Verdachts der Begünstigung bei der Untersuchung des Mordmordes fordert. Wenn sie einen solchen Antrag stellen und vorher erklären, daß sie die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bennede ablehnen, also den Haupttäter schützen, so ist das nichts anderes als eine maßlose Demagogie! (Sehr richtig! h. d. Soz. - Lärm h. d. Komm.) Um das vor der Arbeiterklasse festzustellen, beantrage ich namentliche Abstimmung.

Die Aufhebung der Immunität wird mit 80 Stimmen beschlossen. Die Kommunisten haben sich der Stimme enthalten.

Es folgt darauf die Beratung der sozialdemokratischen und der kommunistischen

Anträge auf Untersuchung des Verhaltens von Beamten des Polizeipräsidiums Dresden in der Nordische Gentsch.

In letzter Minute haben auch noch die Nationalsozialisten einen Antrag eingebracht auf Untersuchung wegen vermeintlicher Verletzung des Dienstgeheimnisses durch Polizeibeamte. Es wird die Dienstentlassung der schuldigen Beamten gefordert.

Die Regierungserklärung

Innenminister Richter trägt zunächst den Polizeibericht vor, der außerordentlich umfangreich ist. Es handelt sich also um eine Darstellung, die in der Hauptsache von den Beamten kommt, gegen die sich die schwersten Vorwürfe der SPD richten. Der Bericht ist auch danach, trotzdem wird er vom Minister übernommen. Kein Wunder, daß sich der Minister wiederholt drastische Jurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten gefallen lassen muß. Der Minister erklärt schließlich:

Auf Grund der von mir veranlaßten Untersuchung, es und welche Maßnahmen ergriffen oder gelehrt sind, etwa die beteiligten Polizeibeamten haben ausfinden können, muß ich zunächst unter Hinweis auf den Bericht des Polizeipräsidiums feststellen, daß sich nach der Untersuchung der mit der Untersuchung betrauten Beamten, der ich mich anschließe,

keinerlei irgendwie stichhaltige Anhaltspunkte dafür ergeben haben, als hätten die Kriminalbeamten, insbesondere Kriminalrat Vogel, die mutmaßlichen Täter etwa aus parteipolitischen Rücksichten begünstigt oder zu begünstigen versucht.

Die in dieser Richtung erhobenen Beschuldigungen und Verdächtigungen gegen ein sich wehrlos Beamte muß ich nunmehr als eine schwere, unberechtigte und unbegründete Kränkung nachdrücklich zurückweisen. (Inerfüll! h. d. Soz.) Einzelne Maßnahmen der mit der Untersuchung des Falles betrauten Kriminalbeamten haben sich als falsch und nicht zweckdienlich erwiesen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Beamten der Nordkommission zwar die Möglichkeit eines Verzeichnisses nicht für ausgeschlossen, ein solches aber nicht für wahrscheinlich gehalten haben, und daß sie zu sehr von der Auffassung beherrschet waren, auch Gentsch sei möglicherweise wie andere an einer strafbaren Handlung beteiligte Parteigenossen nach dem Ausland geschleift. (Lärm h. d. Soz.)

Die Beamten haben weiter in der Beurteilung der

Die SPD hat noch folgende Zusatzanträge eingebracht:

I. Der Landtag wolle beschließen: Als Punkt 5 anzufügen (zu Antrag 1174): „den bestehenden Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Behauptungen über staatsfeindliche Umtriebe in der sächsischen Polizei und in den Amtsstellen des Staates“ zu beauftragen, von sich aus eine Untersuchung des Verhaltens der beteiligten Polizeibeamten in der Nordische Gentsch vorzunehmen.“

II. Eine unparteiische Untersuchung gegen die der Ermordung des SA-Mannes Gentsch verdächtigten Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Schenk, Bränkel, Boicif und Dr. Heinrich Bennede) ist nur dann möglich, wenn die Untersuchung frei von allen Hemmungen geführt wird. Der Landtag wolle deshalb beschließen: die Regierung zu ersuchen,

a) für die Untersuchung Schenk, Bennede und Genossen sofort ein Sonderdezernat bei der Staatsanwaltschaft zu bilden und den für die Untersuchung bestimmten Staatsanwalt dem Justizministerium unmittelbar zu unterstellen; b) die mit dem beschuldigten Dr. Heinrich Bennede in der Dresdner Gerichtsorganisation beschäftigten, nahe verwandten Personen Dr. med. Bennede (Vater) und Oberstaatsanwalt Dr. Biermech (Onkel) bis zum Abschluß des Verfahrens im Dienst nicht zu verwenden.

III. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, die Staatsanwaltschaft zu beauftragen, auf Grund des dem Innenministerium übermittelten und dem Landtag vorgelegten Polizeiberichts in der Nordische Gentsch den Kriminalrat Vogel wegen Begünstigung der Mörder von Gentsch unter Auflage zu stellen.

Personlichkeit des Schenk geteilt, ihn für einen achtbaren Mann gehalten und ihm ein ungerichtetes Maß von Vertrauen entgegengebracht. Dieses Vertrauen zu Schenk hat diesem auch in der Hand die Mord ermöglicht, wo die Beamten nicht die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen haben.

Wenn die Feststellung des Berichtes und die Abgabe der Sache an die Staatsanwaltschaft längere Zeit in Anspruch genommen hat, so wird das durch die notwendigen, inzwischen hinzugekommenen neuen Ermittlungen und den bedeutenden Umfang, den die Sache angenommen hatte, ausreichend erklärt. Es kann jedenfalls eine absichtliche Verzögerung nicht in Frage kommen. In jedem Falle für den Verlauf der Untersuchung dürfte sich nicht ergeben haben. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Wenn ich nach alledem auch einräumen muß, daß man in Einzelheiten hätte anders vorgehen können und sollen, so kann ich mich doch nicht entschließen, die Sache nicht anzuerkennen, daß einer der mit der Bearbeitung des Falles beauftragten Beamten vorzeitig oder fahrlässig seine Amtspflicht verletzt oder sich strafbar gemacht haben. (Widerspruch.) Wenn das behauptet werden ist, so muß ich es für meine Pflicht halten, auch insoweit die Beamten nachdrücklich in Schutz zu nehmen. (Widerspruch. Zurufe: Unrecht.)

Ich habe die Anweisung gegeben, genau zu untersuchen, ob die Veröffentlichung von gewissen Einzelheiten des Verfahrens auf die Indiskretion von Beamten zurückzuführen sind und ob hierbei eine Verletzung des Dienstgeheimnisses vorliegt. Sollten Beamte die Schuldigen sein, so würde es sich um einen klaren Verstoß im Beamteneid ausdrücklich angelegten Verschwiegenheit über alle Geheimhaltungen erforderlichen Angelegenheiten handeln. Gegen einen Beamten, der sich einer solchen Pflichtverletzung schuldig macht, wird selbstverständlich das Dienststrafverfahren eingeleitet. Leider hat die Untersuchung bisher noch nicht zu einem greifbaren Ergebnis geführt.

Der unmögliche Kriminalrat

Abg. Geiser (Soz.):

Wenn der an Gentsch verübte Mord nicht nur in Sachsen, sondern darüber hinaus in ganz Deutschland so außerordentlich Aufsehen erregt hat, so hängt das vor allem damit zusammen, daß die Verhältnisse so empörende Einzelheiten zutage förderten, wodurch die heutige gesellschaftlichen Zustände in Deutschland beleuchtet wurden. Und bis in die Kreise des Bürgertums hinein empfindet man nun diese Empörung als so gefährlich, daß auch bürgerliche Parteien und Zeitungen — wohl zum ersten Male! — energisch Stellung genommen haben. Und in der Tat, wenn es nicht in letzter Zeit gelang, dafür Sorge zu tragen, daß das politische Leben in Deutschland auf eine völlig andere Basis gestellt wird, wenn es nicht gelingt, derartige Dinge, wie sie die Nationalsozialisten seit Jahren propagieren —

Razi-Mügel auf der Tribüne

Bei diesen Worten schreit ein jugendlicher Nazi von der Tribüne herunter: Kannst ja auswandern, wenn es dir nicht paßt, du Sonze! Große Erregung bei den Sozialdemokraten. Man ruft: „Da hört doch alles auf! Man beschimpft uns von oben!“

Der Präsident weist den unverschämten Putsch von der Tribüne. Dieser bleibt aber frech sitzen und ruft in den Saal: „Komm nur her!“ (Erneute Erregung und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ehe die Sozialdemokraten den Menschen hinausbefördern, schlägt dieser noch auf einen anderen Tribünenbesucher ein. Inzwischen hat der Präsident seinen Platz zum Zeichen der

Unterbrechung der Sitzung

verlassen. Die allgemeine Erregung hält im Saal noch geraume Zeit an.

Die Sitzung wird erst nach fast einstündiger Pause wieder aufgenommen. Der Präsident ersucht die Tribünenbesucher nochmals um Unterlassung jeder Kundgebung und droht im Wiederhandlungsfall mit der sofortigen Entfernung des Ständes durch die Räumung der Tribünen. Trotzdem muß bald darauf noch ein anderer Naziemann wegen eines unbe-

schränkten Zwischenrufes an die frische Luft befördert werden.

Abg. Geiser (Soz.) fortsetzend: Die heutige Erklärung des Ministers war einmal sehr lang, und zum anderen war sie eine Verhöhnung der Dinge, die ich im November hier vorgebragt habe. Der Minister hätte deshalb ganz andere Konsequenzen ziehen müssen, als geschehen ist. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die hohe Bürokratie hat wieder einmal ausgezeichnet zusammengekauert. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Es handelt sich um einen Angehörigen ihres Standes, und das scheint es so zu sein, daß der Mann unter allen Umständen gebett werden muß, obwohl er überhaupt nicht gebett werden kann. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Bei dem so blamablen Verhalten der Polizeibeamten, besonders des Herrn Kriminalrates Vogel, kann man nicht begreifen, wie der Minister erklären kann, es ist eine sehr schwere Rolle und gehört sehr viel Mut dazu, auch für seine Beamten einzustreten. Gewiß muß sich ein Minister, wenn es notwendig ist, auch vor seine Beamten stellen. Aber wenn seine Beamten versagen, so wie es hier der Fall ist, so kann man sich eben nicht vor seine Beamten stellen (Sehr wahr! h. d. Soz.), vielmehr muß er dann sofort die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Man muß sich deshalb sehr darüber wundern, daß der Kriminalrat Vogel sich noch im Dienst befindet und darüber hinaus bis vor gar nicht allzu langer Zeit in der Nordische tätig gewesen ist.

Unser Genosse stellt dabei fest, daß eine sehr lebhaft Tätigkeit der Polizei eingeleitet hat, um den herauszubekommen, der uns informiert hat. (Hört, hört! h. d. Soz.) Viel zweckmäßiger wäre es gewesen, wenn sich die Polizei vorher mit größter Energie um die ausgereiften Leute gekümmert hätte. Das skandalöse Verhalten des Kriminalrates Vogel hat sich inzwischen noch als viel toller herausgestellt.

Der Kriminalrat Vogel hat mit voller Absicht (Sehr richtig! h. d. Soz.), aus politischen Motiven heraus den Schenk laufen lassen.

Die beiden anderen, Bränkel und Boicif, sind überhaupt nicht vernommen worden. Jetzt ist die Gerechtigkeit in Italien und lockt sich ins Häufchen, wie leicht ihnen das Verschwinden gemacht worden ist. Der Kriminalrat Vogel muß selbstverständlich aus dem Staatsdienst entlassen werden, und zwar ohne Pension. Die

